

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg (Vorsitzende: Ingrid Schumann Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr | Ansprechpartner: (04 61) 2 67 08 Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 20 DM für Einzelmitglieder, 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Konten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50)
Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00) Postkonto: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Lorenz Rerup</i> Nationalismus - Front und Brücke.....	3
<i>Olaf Cord Dielewicz, Kresten Philipsen, Marianne Tidick, Inge Adriansen, Broder Schwensen "</i> Selbstbestimmungsrecht der Völker Schleswig 1920" Reden zur Ausstellungseröffnung.....	8
<i>Günter Weitling</i> „Selbstbestimmungsrecht der Völker Schleswig 1920“ Beobachtungen eines Ausstellungsbesuchers	21
<i>Gert Roßberg</i> Minderheitenpo- litik als Politik der Anerkennung.....	26
<i>Gerhard Hoch</i> Jugendliche am „Friesenwall“ 1944	35
Umschau ab Seite 42	

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee
Dr. Matthias Schartl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg
Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 24937 Flensburg
Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg
Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Nationalismus - Front und Brücke

Ein Beitrag zu den nationalen Gedenktagen im deutsch-dänischen Grenzland 1995*

von *LORENZ RERUP*

In einem Grenzland von einem Grenzland zu sprechen, das nicht länger ein Streitapfel zwischen den Nationen ist, in dem die verschiedenen Nationalitäten nicht länger trennend, sondern schon eher verbindend wirken, das ist leider noch immer etwas Besonderes. Bevor wir zu Pharisäern werden, sollten wir immer bedenken, daß sich dieser besondere Zustand erst im Laufe der letzten vier, fünf Jahrzehnte herausgebildet hat. Er ist nicht vom Himmel gefallen, sondern ist das Ergebnis eines bewußten politischen Handelns. Deutsche und dänische Politiker innerhalb und außerhalb der Grenzregion, unterstützt von breiten Kreisen im Grenzland, haben diese Befriedung gewollt und sie nach und nach durchgesetzt.

Unsere heutige, erfreuliche Situation muß vor dem Hintergrund eines Nationalitätenkonflikts gesehen werden, der sich über mehr als 160 Jahre hinzog. Zwei blutige Kriege in der Region, die zur Auflösung des vornationalen dänischen Gesamtstaates führten, Jahrzehnte von Minderheitenunterdrückung, schlechter Anpassung von seiten der Minderheiten und Assimilierungsversuchen von seiten der Herbergsstaaten gehören zu ihren Voraussetzungen, wie auch die Volksabstimmungen nach dem ersten Weltkrieg und der zweite Weltkrieg mit seinen Folgen. In der letzten Nachkriegszeit - an die mancher von uns noch unmittelbare Erinnerungen hat - stoßen wir in Nord- und Südschleswig auf langjährige Nachwirkungen dieser bösen Entwicklung. In Nordschleswig wurde der deutsche Volksteil von der dänischen Reaktion auf das Verhalten vieler seiner Mitglieder während der Besatzungszeit betroffen.

In Südschleswig erregte die dänischorientierte Heimatbewegung eine nationale Hochflut in beiden Lagern, die sich erst mit der Konsolidierung des Landes Schleswig-Holstein und der Gründung der Bundesrepublik wieder beruhigte. Bis in die Zeit nach 1945 wurden die Minderheiten als mehr oder weniger störende Fremdkörper empfunden und dementsprechend behandelt. Dieser Konflikttrend - etwa dem allgemein europäischen

* Ansprache des dänischen Generalkonsuls in Flensburg, Professor Lorenz Rerup, beim Jahresempfang des Deutschen Grenzvereins in Sankelmark am 5. Januar 1995.

entsprechend, aber nach Art dieser Region doch ein bißchen bedächtiger ausgetragen - wurde in Schleswig erst in den 1950er Jahren gebrochen. In Schleswig setzten die Bonn/Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 einen Schlußstrich unter die Zeit der erbitterten nationalen Auseinandersetzung, unter die Zeit des Grenzkampfes. Wenn diese Entscheidung auch durch die europäischen Sammlungsbestrebungen, konkret durch den bevorstehenden Eintritt der Bundesrepublik in die NATO bedingt war, so mußten die Bonn/Kopenhagener Erklärungen doch ausgefüllt, mit Leben gefüllt werden; unzählige Fäden mußten geknüpft werden, bevor die Konzeption der Politiker sich realisieren ließ. Viele einzelne, viele Vereine und Institutionen auf deutscher wie auf dänischer Seite, Kommunal- und Landespolitiker haben an dieser Arbeit trotz mancher Rückschläge mitgewirkt, bis sich langsam das haltbare Muster einer duldsamen und fruchtbaren Koexistenz durchsetzen konnte, ein neuer Reichtum dieses schönen Landes, den wir alle durch ständige, aktive Aufmerksamkeit und Mitarbeit bewahren und mehren müssen.

Durch zielbewußte Arbeit auf kultureller und politischer Ebene entwickelte sich seit 1955 eine neue Auffassung der Minderheiten. Die Verbreitung dieser Auffassung wurde sehr erleichtert durch eine annähernd parallele gesamtgesellschaftliche Entwicklung in den beiden Herbergsstaaten der Minderheiten. Heute werden die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze von den Mutterländern wie auch von den Herbergsstaaten unterstützt und gefördert, und sie werden durchgehend als ein Reichtum des Grenzgebietes angesehen. Ohne diese kulturell inspirierenden Minderheiten - und die in manchem stattfindende Verdoppelung des regionalen Kulturangebotes - müßte das Grenzgebiet auf beiden Seiten der Grenze zur Peripherie der beiden Staaten gerechnet werden. Da wo die Krähen umkehren, wenn sie ihr mitgebrachtes Butterbrot aufgefressen haben, wie man im Dänischen sagt. Schon deshalb müssen wir auf die Minderheiten gut aufpassen, sie fördern und pflegen.

Hier im Grenzland haben wir also gelernt, mit dem Nationalismus zu leben. Ich gebrauche diesen Ausdruck bewußt und völlig wertfrei, jede Stufe, jede Nationalismusform vom annehmbarsten Nationalgefühl bis zum verkrampften integralen Nationalismus deckend. Wir haben ihn weitgehend menschlich gemacht, wie er es ganz im Anfang war, als der Nationalismus noch vor allem als demokratische Integrationsideologie wirkte. Ein Beispiel gibt Friedrich Christoph Dahlmann in seiner berühmten Waterloo-Rede von 1815: „Die deutschen Stämme, wie zersplittert sie auch dastehen, sind sich einig geworden in den Hauptsachen, in der gemeinsamen

Behauptung der Freiheit, der Volkstümlichkeit und des Rechts. Mag dann im einzelnen noch manches Störende seyn, mag der Zwiespalt und das alte gehässige Treiben der Kabinette vieles noch verwirren, Deutschland ist da durch sein Volk, das sich mit jedem Tage mehr verbrüderet.“ Hier ist von Integration die Rede genau so wie bei dem dänischen Flensburger Christian Paulsen, der unter dem Einfluß freiheitsbegeisterter deutscher Studenten - er nahm auch an ihrem

Wartburgfest im Jahre 1817 teil - ein nationaler Däne wurde. Im Jahre 1832 klagte er darüber, daß die dänische Literatur in Schleswig fast unbekannt sei. „Und noch immer nimmt unter dänischem Volk jeder Gebildete, jeder auf dasselbe einzuwirken Berufene eine ihm fremde Sprache, die deutsche, an, oder muß sie in seinem öffentlichen Wirkungskreis gebrauchen. Es kann dies nicht anders als die größten Nachtheile haben! Und gewiss ist es an der Zeit, jetzt, wo sich überall das Volksleben, begünstigt durch freiere Staatsformen, mehr als je selbständig zu entwickeln beginnt, diese Verhältnisse mit Ruhe und Überlegung zu würdigen.“ Denn wenn sich das Volksleben entwickelt, und wenn die Gebildeten, alle dem Deutschen zugewandt, das Volksleben nicht genug beachten, sein wahres Wesen nicht tief auffassen, dann bleiben sie ihrem eigenen Geburtslande halb fremd. „Sie verstehen das Volk nicht mehr, das Volk noch weniger sie, die meistens in fremder Sprache sprechen und schreiben; und die wohlthätige Einwirkung auf das Volk, zu welcher die Gebildeten berufen und verpflichtet sind, die allmähliche Ausbreitung allgemeiner Bildung von ihnen über alle Volksklassen, kann im nördlichen Schleswig nicht in dem Maße wie anderswo Statt finden.“ Hier haben wir ein Stückchen nation-building ganz konkret und en miniature, eine Vertiefung der Integration, damit sie das ganze Volk und nicht nur die oberen Schichten erfasse.

Gerade in der jüngsten Vergangenheit hat der Nationalismus seine immer noch ungebrochene Vitalität auch in unserem Europa unter Beweis gestellt. Dafür gibt es genug, meist scheußliche Beispiele, wenn nationale Spannungen, jahrzehntelang vernachlässigt oder gar unterdrückt, mit großer Gewalt aufbrechen. Aber auch die Wiedervereinigung Deutschlands war deutlich von nationalen Emotionen begleitet, die wir nicht als negativ empfinden. In Dänemark hat es in den letzten Jahrzehnten bestimmt nicht an nationalen Tönen gefehlt, wie sie auch in den anderen größeren nordischen Ländern im Vorfeld ihrer Volksentscheide über den Eintritt in die EU aufseiten der Befürworter wie aufseiten der Neinsager zum Ausdruck kamen. Das hängt damit zusammen, daß Nationalismus und moderne Staaten untrennbar zusammengehören, besonders moderne demokratische

Staaten. Der Nationalismus ist die Integrationsideologie, die es ermöglicht, Bevölkerungen so zu homogenisieren, daß diese Staaten von der Bevölkerung mitbestimmend und sinnvoll regiert werden können. Daß beispielsweise Schleswiger, Rheinländer, Pommeraner und Bayern sich als Angehörige einer Gemeinschaft verstehen, oder - was etwas einfacher, aber doch nicht unproblematisch ist - daß Bornholmer, Seeländer, die Bewohner von Vendsyssel und die Südjüten sich als Angehörige einer Gemeinschaft verstehen. Diese Integration, die modernen Gesellschaften zugrunde liegt, setzt eine gemeinsame Hochsprache, ein bestimmtes Geschichtsverständnis, eine gemeinsame gesellschaftliche Kultur, viele Standardisierungen, ein für alle verbindliches Maß, voraus, das im 18. und 19. Jahrhundert erst gemacht und anerzogen werden mußte. In Deutschland mußte ein gemeinsamer staatlicher Rahmen im 19. Jahrhundert überhaupt erst geschaffen werden.

Wir sollten uns daher davor hüten, den Nationalismus als altmodisch und überholt achselzuckend abzutun, als etwas, das man schnellstens abschaffen sollte, um es durch irgendetwas Großartigeres zu ersetzen. Wenn wir das tun, tasten wir die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaften an. Eigentlich wundert es mich, daß man die blutige Lehre der künstlichen Staatsideologien in der Sowjet- Union und in Jugoslawien nicht ernster nimmt.

Dem Nationalismus, dem wir viel Freude und viel Leid zu verdanken haben, sollten wir nicht vergessen, daß seine Grundform eine demokratische Solidarität aller Mitglieder einer Gemeinschaft ist. Auf diesen hochwichtigen Zweck beschränkt, wird nicht einmal das Europa der Zukunft ihn entbehren können, wenn es von demokratisch aktiven Bürgern getragen werden soll. Diese demokratische Solidarität aller Mitglieder einer Gemeinschaft ist natürlich nichts Böses, ist nicht aggressiv. Sie können Deutsche sein, wir können Dänen sein, und wenn wir halbwegs klug sind, dann richten wir uns so ein, daß unsere gegenseitige Verschiedenheit uns Spaß macht und unser Leben reicher macht.

Ich habe schon auf meine bewußte und völlig wertfreie Anwendung des Ausdrucks Nationalismus aufmerksam gemacht. Nun erwähne ich auch noch bösen und aggressiven und hochwichtigen und unentbehrlichen Nationalismus. Dadurch möchte ich uns alle, Deutsche wie Dänen, dazu auffordern, immer wieder daran festzuhalten, daß der aggressive und böse Nationalismus nicht der Nationalismus der anderen ist, sondern uns selber passieren kann, wenn wir es müde werden, den Nationalismus zu pflegen, ihn zu kultivieren, was wir am besten an unserem eigenen Nationalismus

tun, auch wenn es leichter sein mag, den Nachbarn zu kritisieren. Für mich ist es beispielsweise Ausdruck einer hohen nationalen Kultur, daß man zu einem Ereignis, das unser Landesteil vor 75 Jahren erlebte, endlich auch die nationale Gegenseite einladen kann - und daß sie diese Einladung annimmt - und andererseits ist für mich genau so scheußlich wie die Exzesse einer Vergangenheit, die wir mit ungeheurem Blutvergießen vor 50 Jahren überwältigen konnten, wenn junge Dänen ein McDonald-Restaurant in einem Kopenhagener Stadtteil demolieren, weil sie „diesen fremden Mist“ nicht dulden mögen.

Wenn es auch hier und da noch etwas hapert, so haben wir hier im Grenzland gelernt, mit dem Nationalismus zu leben, wir haben ihn weitgehend menschlich gemacht, wie er es ganz im Anfang war. Wir haben in dieser Region eine Erfahrung von einem Mini-Europa gemacht, in der Mehrheiten und Minderheiten so miteinander leben, daß die Region dadurch bereichert wird. Nicht die Uniformität, sondern das Anderssein, das Mannigfache, die Vielfältigkeit ist das Kennzeichen des europäischen Geistes. So kann unser Modell der nationalen Nachbarschaft vielleicht denjenigen Völkern und ethnischen Gruppen helfen, bei denen der Nationalismus noch immer oder schon wieder wildere oder unversöhnliche Züge trägt. Dabei schließe ich Gruppen in unseren eigenen Völkern nicht aus. Aus ähnlichen Erwägungen entstanden vor 45 Jahren die damals kontroversiellen, deutsch-dänischen Studentenbegegnungen und die Studentenzeitschrift *Front og Bro* (Front und Brücke). *Front* bedeutet, daß man ohne Konzessionen die eigene Nationalität behauptet und *gleichzeitig* - die Gleichzeitigkeit ist hier das Wichtige - den Dialog, die Brücke, will. Nicht um sich im Niemandsland in die Arme zu fallen, sondern weil Dänemark Deutschland und Deutschland Dänemark etwas zu sagen hat. Weil das Leben an der Grenze zwischen zwei Nationen ein Reichtum und eine Aufgabe ist, eine Aufgabe, die das Gegeneinander nicht blockieren darf, denn wir *müssen* im selben Lande, im selben Europa leben, ob wir es wollen oder nicht.

„Selbstbestimmungsrecht der Völker Schleswig 1920“

Reden zur Ausstellungseröffnung

von OLAF CORD DIELEWICZ, KRESTEN PHI UPS EN, MARIANNE TIDICK, INGE ADRIANSEN, BRODER SCHWENSEN

Am 29.1.1995 wurde im Städtischen Museum Flensburg die Ausstellung „Selbstbestimmungsrecht der Völker. Schleswig 1920“ eröffnet, an der drei dänische und drei deutsche Institutionen im Grenzland mitgearbeitet haben. Die Ausstellung wird bis zum 17.4.1995 in Flensburg und vom 10.5.-1.10.1995 im Museum Schloß Sonderburg gezeigt.

Wir dokumentieren zunächst die bei der Ausstellungseröffnung in Flensburg gehaltenen politischen Reden des Oberbürgermeisters der Stadt Flensburg, Olaf Cord Dielewicz, des Amtsbürgermeisters des Großkreises „Sønderjylland“, Kresten Philipsen, und der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Marianne Tidick. Dr. Inge Adriansen, Museumsinspektor im Museet på Sønderborg Slot, und Dr. Broder Schwensen, Direktor des Stadtarchivs Flensburg, legen danach die Intentionen der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dar. Die Fotos vermitteln erste optische Eindrücke von der Ausstellung.

Dr. Günter Weitling, Leiter des Deutschen Museums Nordschleswig, bietet im Anschluß an die Reden kritische Beobachtungen eines Ausstellungsbesuchers. Weitere Informationen über das Gedenken an die Volksabstimmungen 1920 südlich wie nördlich der Grenze finden unsere Leserinnen und Leser unter den Rubriken „Umschau“ und „Buchbesprechungen“.

Die Redaktion

OLAF CORD DIELEWICZ

Zur Eröffnung der Ausstellung „Schleswig 1920 - Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und zur gemeinsamen Rückbesinnung auf die Volksabstimmungen am 10. Februar und 14. März heiße ich Sie alle willkommen. Besonders danken wir Ihnen, Frau Ministerin, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind und zu uns sprechen werden.

Sie, lieber Kresten Philipsen, willkommen zu heißen, wäre wider den Geist der Stunde, da es ja eine gemeinsame dänisch-deutsche Veranstaltung ist. Wenn es denn möglich wäre, müßte die heutige Eröffnung *gleichzeitig* in Flensburg und Sønderborg stattfinden, wo die Ausstellung ab Mitte Mai gezeigt werden wird.

I.

Es ist eine besondere Würdigung und Hervorhebung wert, daß Dänen und Deutsche eine gemeinsame Ausstellung zum 75. Jahrestag der Volksabstimmung zustande gebracht haben, daß Deutsche und Dänen mit dieser Ausstellung sich gemeinsam erinnern wollen an unterschiedliche nationale Bekenntnisse im Jahre 1920.

Ebenso verdient eine besondere Hervorhebung das parallel zu dieser Ausstellung erscheinende gemeinsame Buch „Von der deutschen Niederlage zur Teilung Schlesiens 1918-1920“ von Inge Adriansen, Museet på Sønderborg Slot, und Broder Schwensen, Stadtarchiv Flensburg. Das Besondere an diesem materialreichen und dennoch flüssig geschriebenen, den Leser vom ersten bis zum letzten Wort in seinen Bann ziehenden Werk ist, daß beide Verfasser nach einer intensiven, von spannenden Diskussionen begleiteten Zusammenarbeit sowohl die deutsche als auch die dänische Ausgabe gemeinsam verantworten. Im Geleitwort der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte und Historisk Samfund for Sønderjylland wird hierzu hervorgehoben, daß damit seit 1992 zum zweiten Mal der „Weg zu einer guten, kollegialen Zusammenarbeit“ der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte im Grenzland begangen worden sei.

Diese Hervorhebung stellt die Nachfrage: *Schon?* oder: *Erst?* 1995. Offensichtlich ist dies für unser Grenzland eine besondere Leistung.

Die gleich zu eröffnende Ausstellung will nach meinem Eindruck kein Anknüpfungspunkt für *heutiges* nationales Pathos sein. Ausstellung wie Buch wollen vielmehr die *damaligen* nationalen Gefühle, Leidenschaften und Gegensätze sichtbar und - wie ich meine - mit großer Distanz nachvollziehbar und in ihrem geschichtlichen Zusammenhang verstehbar machen. Doch in dieses Anliegen der Ausstellung wird gleich doppelt aus berufenerem Munde eingeführt werden.

Ich möchte jetzt - gewissermaßen aus Anlaß oder bei Gelegenheit unserer heutigen Rückbesinnung - ein paar unbequeme Gedanken äußern und ein paar verwunderte Fragen stellen, - Anstoß nehmend an zu einseitig nationalen Standpunkten. Dabei wird möglicherweise der eine oder andere von Ihnen sich sagen: „Kein Wunder, der ist ja auch nicht in Flensburg

geboren.“ Dem müßte ich dann entgegenhalten, daß der Umgang mit dem Nationalgefühl auch innerhalb Deutschlands sehr unterschiedlich ist. Mein Nationalgefühl - gestatten Sie mir diese sehr persönliche Bemerkung - ist dadurch geprägt, daß der größte Teil meiner Vorfahren aus dem Gebiet des ehemaligen Herzogtums Calenberg stammt, der Keimzelle des späteren Königreiches Hannover, welches 1866 von den Preußen unterworfen und besetzt wurde, - eine geschichtliche Erfahrung preußischer Fremdherrschaft, wie sie meine Urgroßeltern im Familienbewußtsein bis heute tradiert haben. Auch ich selbst habe meine Kindheit im Calenberger Land verbracht und meine Jugend in Bayern: Das Ergebnis ist große Skepsis gegenüber preußisch geprägtem Nationalbewußtsein. Doch auch die deutsch gesonnenen Schleswig-Holsteiner wollten 1848 und 1864 ursprünglich nicht preußisch, sondern deutsch werden.

II.

Warum ist es so schwer, meine Damen und Herren, die auch heute noch vorhandenen Barrieren zwischen Minderheit und Mehrheit, zwischen Dänen und Deutschen über die Grenze hinweg zu überwinden? Ist eine der Ursachen eine *unterschiedliche Überzeugung von der geschichtlichen Wahrheit*?

Dazu sechs Erfahrungen:

1. Die Reminiszenz, seine glücklichsten Jahre habe Flensburg gemeinsam mit dem Herzogtum Schleswig 400 Jahre im dänischen Gesamtstaat verbracht, kann zu deutsch-national motiviertem Widerspruch führen.
2. Die Feststellung, der Verfassungsbruch des dänischen Königs habe den Krieg von 1848 ausgelöst, kann einen dänisch-nationalen Aufschrei zur Folge haben.
3. Der Hinweis auf die preußische Besetzung und Unterdrückung des Dänen nach 1867 kann zu einem Aufrechnungsversuch mit Danisierungsversuchen bis 1864 führen.
4. Der Befreiung und „Wiedervereinigung“ für Nordschleswig steht 1920 der „Reichsdank für deutsche Treue“ Flensburgs gegenüber.
5. Die Årsmøde war jahrzehntelang auch emotionaler Kulttag der eben dieses Abstimmungsergebnis nicht akzeptierenden Eiderdänen, deren harter Kern es geradezu als Entweihung empfand, als 1987 erstmals Stadtpräsident und Oberbürgermeister zur Årsmøde eingeladen

wurden und dort sogar reden durften - 1987: 67 Jahre nach der Abstimmung! Als Reaktion eines Kritikers wurde überliefert, er wolle an der Årsmøde nicht mehr teilnehmen, sondern statt dessen an diesem Tag an die Gestade der Eider reisen und gen Süden blicken.

6. Die emotionsgeladene Diskussion um den Idstedt-Löwen hat erst in der jüngsten Vergangenheit rational kaum einzuordnende Höhepunkte erreicht: Manche wollen die Rückkehr des Idstedt-Löwen geradezu zum Qualitätsmaßstab des Verständnisses füreinander machen. Eine Lösung, die die nationalen Gefühle beider Seiten zufriedenstellt, scheint nicht in Sicht.

Es gibt also noch viel zu tun für weitere deutsch-dänische Gemeinschaftswerke bei der Aufarbeitung unserer gemeinsamen Geschichte.

III.

Die Ausstellung sollte auch zu *Skepsis vor nationalem Überschwang mahnen, besonders uns Deutsche.*

Dazu drei Anmerkungen:

1. Wer will den überwiegend dänisch gesonnenen Nordschleswigern ihre Begeisterung von 1920 und die Erinnerung daran heute verdenken?
- Das Schlimmste lag nach der Befreiung von Preußen noch vor ihnen: Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besetzung ganz Dänemarks. Die Stunde Null für den Beginn einer Normalisierung kann deshalb auch nicht der 14. März 1920 sein, sondern es ist der 29. März 1955: die Abgabe der Bonn-Kopenhagener Erklärungen.
2. Die Übersteigerung des Nationalgedankens in der Mitte des vorigen Jahrhunderts stürzte Europa in ein Jahrhundert der Kriege.
Das Modell: *Eine Nation - ein Staat* hat sich als nicht leistungsfähig erwiesen. Frieden und, darauf aufbauend, internationale Wettbewerbsfähigkeit wird heute nur noch gewonnen werden können, wenn die Errichtung übernationaler Staaten mit kulturell vielfältigen Gesellschaften gelingt. Welch schicksalhaften Lernprozeß haben da der Balkan und der Kaukasus noch vor sich! Aber haben *wir* nach Durchleiden vergleichbarer Erfahrungen genügend daraus gelernt?
3. Die *Garantie der staatlich undurchdringbaren kulturellen Autonomie* der Minderheiten in unserem Grenzland leistet zweierlei Wesentliches:
- Sie bietet „Unterschlupf“ für das gewissermaßen entstaatlichte

Nationalgefühl.

- Sie erzieht dazu, andere Überzeugungen zu akzeptieren.

Nur wenn wir mit klarem *Kopfe* gelernt haben, unsere *eigene Überzeugung nicht absolut zu setzen* und offenen *Herzens* auf die, die anderer Überzeugung sind, zugehen, sind wir reif, als multikulturelle Gesellschaft in *einem Staat* zu leben. Das durch die Volksabstimmung von 1920 geschaffene dänisch-deutsche Grenzland hat diesen schmerzhaften und selbstüberwindungsreichen Weg schon ein gutes Stück zurückgelegt. Ob es uns gelingt, bis zur hundertsten Wiederkehr des Abstimmungstages aus diesem Lernprozeß mehr für unsere Region und Europa zu machen?

KRESTEN PHILIPSEN

Es ist mir eine große Freude, heute an der Eröffnung einer außergewöhnlichen Ausstellung teilzunehmen.

Die Eröffnung einer Ausstellung in gemeinsamer deutsch-dänischer Trägerschaft ist glücklicherweise keine besondere Seltenheit, denn solche Ausstellungen haben schon eine lange Tradition, wenn es um Themen unserer gemeinsamen Geschichte der Herzogtümer geht. Aber es ist das erste Mal, daß wir Dänen und Deutschen uns zusammentun, um eine Veranstaltung durchzuführen, bei der wir der Aufteilung Schleswigs 1920 feierlich gedenken und uns darin bekräftigen.

Nachdem die Grenze festlag, konnte auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefestigt werden, und ich habe im Verlauf meiner politischen Tätigkeit in Sønderjylland eine breit gefächerte und immer intensiver werdende Zusammenarbeit erlebt, die der gesamten Region zugute kommt. Wir leben in einer Zeit, wo sich die europäische Welt ständig erweitert. Fast täglich begegnen uns Vorschläge zu neuen internationalen Kontakten - vor nur 10 Jahren keine alltägliche Erscheinung in dänischen Regionen.

Die Teilung Schleswigs 1920 hinterließ auf beiden Seiten der Grenze nationale Minderheiten, die sich natürlich nicht so wie die Mehrheitsbevölkerungen über

das Abstimmungsergebnis freuen konnten. Dennoch zeigt die heutige Situation, daß die Entwicklung in die richtige Richtung verlaufen ist; der gegenseitige Respekt und die Förderung der Minderheiten und ihrer Einrichtungen sind ein Ausdruck dafür. Heute sind die Konflikte ausgesöhnt, und man kann ruhig sagen, daß die Minderheitenregelungen in ihrer heutigen

Funktion allgemeine Zufriedenheit finden.

Drei deutsche und drei dänische Kultureinrichtungen haben in gemeinsamer Arbeit diese Ausstellung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgebaut. In Verbindung damit soll ein Buch über die Zeit um 1920 erscheinen - auch gemeinschaftlich von einem Dänen und einem Deutschen geschrieben.

Es ist erfreulich zu erleben, daß unsere Kultureinrichtungen auf beiden Seiten der Grenze so gut Zusammenarbeiten, und man darf sich schon jetzt auf die Fortsetzung und den Ausbau dieser Arbeit freuen. Vielleicht wird es in Zukunft möglich sein, kulturelle Kooperationsprojekte zwischen zum Beispiel dänischen und deutschen Museen durch die Interreg-Mittel der EU zu fördern, weil diese Mittel eben europäischen Grenzregionen zum Nutzen und den Bevölkerungen und Touristen zur Freude bereitgestellt wurden.

MARIANNE TIDICK

Ich danke Ihnen, Herr Amtsbürgermeister Philipsen, für Ihre Worte und freue mich sehr, daß es möglich ist, daß wir diese Ausstellung gemeinsam eröffnen können, denn: Gerade bei dieser Ausstellung, bei diesem Thema ist Gemeinsamkeit wichtig. Und ich freue mich darüber, daß der Amtsbürgermeister den Blick auch in die Zukunft gerichtet hat. Allerdings: Der Weg in die Zukunft, meine Herren und Damen, führt manchmal über die Vergangenheit. Und so bin ich sehr neugierig, bin sehr gespannt auf die Ergebnisse gemeinsamer kritischer Museumsarbeit. Mir scheint, die Museen im Sonderburger Schloß und hier auf dem Flensburger Museumsberg sind sehr freundschaftlich miteinander verbunden. Auf diese Weise sind sie zu Stützpunkten grenzüberschreitender Kulturarbeit geworden, zu Stützpunkten der Kulturarbeit im Grenzland.

Als Kultusministerin bin ich mir der besonderen Situation der Menschen hier sehr bewußt - dies auch durch eine persönliche Zuneigung zu einer Region, die ja seit fast drei Jahrzehnten meine zweite Heimat ist. Deshalb freue ich mich, daß im vergangenen Jahr fast so etwas wie ein „Experiment“ gelungen ist: die „Schleswig-Holsteinischen Kulturtag“ im Grenzgebiet. Wir alle haben zusammen mit vielen Veranstaltungen in Sønderborg und in Kruså, in Tingleff und auf dem Knivsberg, hier in Flensburg und in Husum und andernorts ein Kulturfest der Minderheiten gefeiert. Ich denke, das war wohl eine Weltpremiere. In drei Sprachen, in Dänisch, in Friesisch und in Deutsch luden die Minderheiten und Volksgruppen

beiderseits der Grenze ein.

Die Kulturtage haben uns sinnfällig gemacht, daß eine Grenze sehr wohl auch verbinden kann und nicht nur trennend wirken muß: wenn wir denn andere Wertvorstellungen und Emotionen mit Neugier und Respekt zur Kenntnis nehmen und tolerieren, was ja leider anderswo in dieser Welt (Jugoslawien) nicht gelingt. Deshalb lassen wir uns mit solchen Erfolgen nicht über eines hinwegtäuschen: Minderheitenpolitische, nationalpolitische Fragen sind gerade hier in einer Grenzregion von hoher emotionaler Qualität.

Etwa die Frage, ob der Ildstedt-Löwe einen neuen, konzeptionell schlüssigen, historisch adäquaten und sozial akzeptablen Standort finden kann. Ich freue mich, daß Dr. Schulte-Wülwer zusammen mit Dr. Leppien vom Grenzfriedensbund meine Anregung - ausgesprochen hier am 23. Januar 1994, also fast genau vor einem Jahr - aufgenommen hat: Mögen sich Expertinnen und Experten über die Frage des Umgangs mit politischen Denkmälern im Grenzland kritisch und konstruktiv Gedanken machen. Gern habe ich und gern hat meine dänische Kollegin Jytte Hilden - so schreibt sie mir - die Schirmherrschaft über die Tagung übernommen. Sie wird im Juni, moderiert von der Landtagspräsidentin Erdsiek Rave, in Sankelmark stattfinden.

Und auch auf dänischer Seite wird eine Diskussion geführt darüber, ob denn Vertreter der deutschen Minderheit teilnehmen sollen am dänischen Volksfest anlässlich des 75. Jahrestages der Volksabstimmung und der nachfolgenden Abtretung Nordschleswigs an Dänemark. Ich will zu dieser sensiblen Frage keine Ratschläge geben. Nur soviel: Ich persönlich teile die Einschätzung von Generalkonsul Professor Lorenz Rerup, der dazu sagte (Nordschleswiger, 07.01.1995): „Für mich ist es beispielsweise Ausdruck einer hohen nationalen Kultur, daß man zu einem Ereignis, das unser Landesteil vor 75 Jahren erlebte, endlich die nationale Gegenseite einladen kann und daß sie diese Einladung annimmt.“

Und wenn Sie bedenken, meine Herren und Damen, daß es mir gelungen ist, in Übereinstimmung mit allen Beteiligten der Christian-Albrechts-Universität, mit Professor Thomas Riis erstmals einen Dänen auf den Lehrstuhl für schleswig-holsteinische Geschichte zu berufen, so zeigt dieser Schritt, daß Wissen keine Grenzen kennt.

Bilder, meine Herren und Damen, sind immer auch Botschaften. Und wenn wir in der Ausstellung viele Bilder sehen, deren propagandistische Absichten leicht erkennbar sind, so sind sie doch Ausdruck eines Meinungsbildungsprozesses im Zuge der freien Selbstbestimmung der dänischen und

der deutschen Bevölkerung.

Uns hier sollte an einem Jahrestag wie heute auch bewußt sein, daß andernorts in Europa entsetzlich gekämpft und Blut vergossen wird für dieses Selbstbestimmungsrecht von Minderheiten und Volksgruppen.

Das vor uns liegende Jahr ist an Gedenktagen und Jubiläen nicht arm: Am 8. Mai jährt sich - für den einen Tag der Befreiung, für die anderen Tag der Kapitulation - das Kriegsende und der totale Zusammenbruch Deutschlands zum 50. Male. Auf diesen Tag, der auch eine besondere Bedeutung in der Flensburger Stadtgeschichte hat, werden wir in einem Vierteljahr noch zurückkommen, wenn die Landesausstellung eröffnet wird. Und zum 40. Male jährt sich am 29. März der Tag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Diese „Magna Charta der Minderheiten“, wie der Nordschleswiger sie einmal (31.03.1955) genannt hat, war ein Meilenstein im deutsch-dänischen Verhältnis.

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen waren auch das Fundament für das modellhaft gepriesene Miteinander, das Sie auf diesen Grundmauern aufbauen. Ich wiederhole daher, was ich bereits an anderer Stelle (Deutscher Tag in Tingleff, 05.11.1994) gesagt habe: Unsere Grenzregion ist der ideale Hintergrund - in 50 Jahren gewachsen - für ein Institut für Minderheitenfragen mit europäischer Bedeutung und europäischem Rang. Ich bin zuversichtlich, daß wir das EZM mit europäischer Hilfe und mit dänischer Hilfe und mit Hilfe der Bundesregierung werden realisieren können.

So bieten uns die Jahrestage in 1995 Gelegenheit zu Rückblick und Ausblick gleichermaßen. Die aktuelle Diskussion um das EZM erhält durch die historische Darstellung zeitliche Tiefe. Deutlich zeigt die Entwicklung seit 1920 mir jedenfalls eines: Territoriale Verluste können zu politischem und menschlichem Gewinn führen. Die Minderheiten haben beide Herbergsländer reicher gemacht.

Ich danke den Museen in Sønderborg und Flensburg, den Teams um Inge Adriansen und Ulrich Schulte-Wülwer. Und ich danke der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, dem Historik Samfund Sønderjylland, dem Stadtarchiv Flensburg und dem Institut for Sønderjysk Lokalhistorie für die Gemeinschaftsarbeit. Ihnen allen wünsche ich Nachdenklichkeit und Gewinn in der Ausstellung.

INGE ADRIANSEN

Der Titel unserer Ausstellung thematisiert das „Selbstbestimmungsrecht

der Völker“. Dieses auf die Nation zielende Prinzip berührt zugleich die Idee einer legitimen demokratischen Staatsmacht. Erwachsen aus der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, faßte als einer der ersten in Europa der große Staatsrechtler Bluntschli den nationalen Gedanken in klare Worte. In seinem Sprachgebrauch benutzt er „Volk“ und „Nation“ als identische Begriffe, und in seiner „Allgemeinen Staatslehre“ von 1866 schrieb er zudem: „Jede Nation ist berufen und berechtigt, einen Staat zu bilden. Wie die Menschheit in eine Anzahl von Nationen zerteilt ist, so soll die Welt in ebenso viele Staaten zerlegt werden. Jede Nation ist ein Staat, jeder Staat eine Nation.“

Seit den 1860er Jahren entwickelte sich das Nationalitätsprinzip zum Schlagwort und zu einer politischen Doktrin, die in entscheidender Weise die Welt verändert hat. Das Prinzip kam bei der Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg zum Tragen und tritt seither in immer neuen Zusammenhängen hervor. In erster Linie dient der Begriff heute weltweit den unterdrückten Volksgruppen von Ost-Timor in Indonesien, über den Kaukasus bis hin zum Baskenland als Schlagwort ihrer politischen Visionen.

Auch das alte Herzogtum Schleswig erfuhr eine grundlegende Veränderung durch die Anwendung des Nationalitätenprinzips im Jahre 1920. In nationalen Mischgebieten aber kann das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht für alle Betroffenen zur gerechten Durchführung gelangen. Selbst 35 Jahre nach den schleswigschen Volksabstimmungen bestanden noch starke deutsch-dänische Gegensätze, - genährt auch durch die deutsche Besetzung Dänemarks nach 1940. Seit 1955 aber hat sich ein gutes Verhältnis zwischen den zwei Minderheits- und den zwei Mehrheitsbevölkerungen entwickelt. Man lebt und praktiziert ein friedliches Nebeneinander - aber nur ein begrenztes Miteinander.

Im letzten Jahrzehnt hat sich gleichwohl eine vermehrte Zusammenarbeit zwischen den historischen Institutionen im Grenzland entwickelt. Und zum ersten Male arbeiten wir eng zusammen bei der Vermittlung eines der Eckpunkte in unserer gemeinsamen Geschichte: der Teilung Schlesiens im Jahre 1920.

Für die Deutschen waren die schleswigschen Volksabstimmungen nur eine unter mehreren anderen Abstimmungen in den deutschen Grenzgebieten. Die Abtretung Nordschlesiens wird in den heutigen deutschen Geschichtsbüchern nur beiläufig erwähnt.

Für die Dänen - auch die heutigen - stellt sich der Vorgang jedoch ganz anders dar. Wir sprechen nicht von „Abtretung“, sondern gebrauchen den Begriff von der „Wiedervereinigung“, die zudem als eine der großen und

glücklichen Begebenheiten in der dänischen Geschichte erinnert wird. Die Zusammenarbeit bei der Vermittlung der Geschehnisse von 1920 war natürlich nicht frei von Schwierigkeiten. Diese aber waren praktischer, nicht ideologischer Natur. Wir waren bestrebt, *beide Seiten* des deutsch-dänischen Abstimmungskampfes zu beleuchten. Um dieses Ziel *unter Wahrung der historischen Wahrhaftigkeit* zu erreichen, bedurfte es der Toleranz und der Kompromißfähigkeit aller Beteiligten. Diese Eigenschaften entsprechen demokratischer Tradition und bedeuten keineswegs eine Wertneutralität. Ein demokratisches Miteinander bedarf vielmehr a priori einer gewissen Wertgemeinschaft, zu der auch der Respekt gegenüber einer „anderen“ Geschichtsauffassung zählt.

So gestaltete sich die Zusammenarbeit zu einem spannenden Erlebnis. Arbeiten Menschen aber erst einmal zusammen, so stellt sich das Ergebnis ihrer Bemühungen als etwas Umfassenderes und auch anderes dar als die bloße Summe der eingebrachten Teilpakete. Im Zusammenwirken mit anderen gewinnt das Neue Raum.

Zugleich möchte ich gern unterstreichen, daß eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit dieser Art *nicht* bedeutet, daß die nationalen Unterschiede verschwinden. Es wäre auch traurig, sollte dies geschehen. Denn es ist doch gerade eine Bereicherung für uns alle, daß hier in Schleswig zwei Nationalitäten friedlich und in kultureller Vielgestalt Zusammenleben. Vielleicht meint mancher, die Versöhnung und Verbrüderung im Grenzland ginge nun zu weit. In Dänemark beharren einige auf dem Standpunkt, daß jede nationale Gruppe die historischen Jubiläen für sich ganz allein begehen sollte.

Diese Haltung habe ich vor 10 Jahren auch noch vertreten, aber seither hat sich die Welt grundlegend verändert. Da wir nicht isoliert von der uns umgebenden Welt leben, dürfen wir liebgewonnene Ansichten gelegentlich auch einer Neubewertung unterziehen.

Der tschechische Präsident Vaclav Havel hat gesagt: „Wenn sich die Welt zum Besseren verändern soll, dann muß sich in erster Linie etwas im menschlichen Bewußtsein verändern.“ Wir leben in einer Zeit, in der in vielen Teilen der Welt die nationalen Spannungen täglich zunehmen. Deshalb ist es wichtig, daß wir hier im Grenzland die gute Nachbarschaft nicht nur pflügen, sondern sie - mit Bedacht - ausbauen.

BRODER SCHWENSEN

„Panta rhei“ - Alles fließt. Seit Heraklit wissen wir: Keiner vermag zweimal in denselben Fluß zu steigen. Auf unsere Situation übertragen bedeutet dieses Bild: Kein Jubiläum kann den vorausgehenden gleichen. Der sich stets wandelnde Kontext erfordert den schöpferischen Akt. Es liegt bei den handelnden Personen, ob sie neue Möglichkeiten gestaltend ergreifen oder im imaginären Status quo verharren.

Das Ausstellungsteam hat gehandelt - und neue Möglichkeiten genutzt. Über Staats- und Traditionsgrenzen hinweg haben deutsche und dänische Wissenschaftler kollegial zusammengearbeitet. Anstatt wenige Kilometer voneinander entfernt mit halber Kraft doppelten Aufwand zu betreiben, bündelten wir unsere bescheidenen Ressourcen. Für das gute Zusammenwirken danke ich meinen Kolleginnen Frau Dr. Adriansen und Frau Dr. Vorderwülbecke sowie Herrn Dr. Schulte-Wülwer, Herrn Dr. Kraack und Herrn Dr. Poulsen.

Gemeinsamkeit, meine Damen und Herren, macht bekanntlich stark. Gerade die binationale Besetzung unserer Arbeitsgruppe ermöglichte das Zusammenführen mancher, in unserer Region bislang nicht gezeigter Exponate. Deutsche und dänische Institutionen von Berlin bis Kopenhagen konnten so zu Leihgaben bewegt werden.

Schon die Komplexität der Schleswig-Frage verbot eine im Lokalen verweilende Nabelschau. Unsere Ausstellung zeigt die Schleswig-Abstimmungen in ihrem historischen und internationalen Bedingungsgeflecht. Dem Betrachter erhellt sich das Schleswig-Problem als eine europäische Erblast des 19. Jahrhunderts.

Die 1918 erreichte Weichenstellung für eine plebiszitäre Beilegung des Konflikts wird sodann im Kontext der deutschen Kriegsniederlage, der amerikanischen Friedenspläne und der weitgreifenden Bemühungen H. P. Hanssens dargestellt. Das Abstimmungsgebot und -verfahren findet der aufmerksame Besucher in den Artikeln des Versailler Vertrags festgeschrieben.

Ein zweiter Abschnitt spiegelt das Wirken der Internationalen Kommission. Deutsche Truppen und Behördenleiter hatten die Stimmzonen zu räumen. Britisches und französisches Militär wurde im Januar 1920 angelandet. Für ein halbes Jahr existierte der „Staat Plebiszit“. Gemälde, Photos, Dokumente und Installationen geben Auftrag und Selbstverständnis der Internationalen Kommission wieder.

Es folgt die Darstellung der facettenreichen Abstimmungsagitation. Mittels

Plakaten und Flugblättern, Zeitungen und Kundgebungen, durch Fahnen und Kokarden warb man 1920 für Deutschland oder Dänemark. Appelle an Gefühl und Gemüt konkurrierten mit materiellen Verheißungen.

Der Urnengang der Stimmberechtigten, also der demokratische Entscheid der Betroffenen, zog am 10. Februar und 14. März 1920 einen Trennstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft. Den „Übertritt“ aus der alten in die neue Zeit wird der Besucher mit dem Durchschreiten einer installierten Wahlkabine symbolisch nachvollziehen.

Im folgenden dokumentieren Tageszeitungen, Tabellen und Karten die Ergebnisse der Abstimmungen. Der Interessierte erfährt zudem von alternativen deutschen und dänischen Grenzvorschlägen. Das Mehrheitsvotum der Internationalen Kommission aber empfahl die heutige Grenze, deren Verlauf am 15. Juni 1920 notifiziert wurde. Im Entree des Museums finden Sie den zugehörigen Grenzatlant sowie einen Originalgrenzpfehl ausgestellt.

Am 16. Juni 1920 löste sich der „Staat Plebiscit“ auf. Am folgenden Tag feierte die 2. Zone samt Flensburg ihre Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich. Photographien, Glückwunsch-Telegramme und Erinnerungsgaben zeugen von den seinerzeitigen Emotionen.

Dänischerseits feierte man am 11. Juni 1920 auf Düppel die Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark. Ein Ereignis, das auf zahlreichen Gemälden festgehalten wurde, von denen einige erstmals in Flensburg gezeigt werden.

Sehr empfohlen sei dem Besucher unsere Sammlung zeitgenössischer Karikaturen. Man hat 1920 tatsächlich über das Abstimmungsgeschehen zu witzeln gewagt. Welch ein Sakrileg!

Meine Damen und Herren, die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts ermöglichte den Bevölkerungsmehrheiten beider Zonen ein Leben im gewünschten Vaterland. Gegenüber der kriegerischen Machtpolitik im 19. Jahrhundert war dies ein unabweisbarer Fortschritt.

Aber - das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ schuf und schafft immer nur nationales Mehrheitsrecht. Tatsächlich blieben 1920 beiderseits der Grenze nationale Minderheiten zurück, die sich bis heute behaupten. Unsere Ausstellung zeigt auch diesen Aspekt und weist zugleich auf die so bedeutsamen Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 hin. Das schleswigsche Abstimmungsgeschehen blieb nicht singular. In Oberschlesien und Westpreußen, aber auch außerhalb Deutschlands schufen Volksabstimmungen neue Grenzen. Hier erstmals zeigte

Agitationsplakate aus jenen Gebieten bezeugen eine ungleich radikalere, unversöhnliche Atmosphäre.

Die Eskalation von Haß und Gewalt aufgrund nationaler Verblendung ist in Europa heute wiederum traurige Wirklichkeit. Eine Litfaßsäule mit einschlägigen Pressemeldungen und ein Videotrailer mit Bildern aus Bosnien dokumentieren die brennende Aktualität unseres Ausstellungsthemas.

Lassen wir uns diese Bilder eine Mahnung sein! Der Grenzfriede, die gute deutsch-dänische Nachbarschaft sind hohe Güter. Sie bedürfen jedoch des gegenseitigen Vertrauens. Dieses wiederum kann im kollegialen Miteinander wachsen.

Gegen selbstgenügsame Beschränkung, aber auch gegen manche massenmedial verbreitete Beschränktheit setzt unsere Ausstellung daher ein Zeichen geistiger „Ent-Grenzung“.

„Selbstbestimmungsrecht der Völker Schleswig 1920“

Beobachtungen eines Ausstellungsbesuchers

von GÜNTER WEITLING

Fast hatte ich meine Zusage, die Ausstellung: „Selbstbestimmungsrecht der Völker. Schleswig 1920“, kritisch zu betrachten, schon bereut. Die Problematik ist abstrakter Natur, der historische Kontext ausgesprochen schwer zugänglich, das Vorverständnis der jüngeren Besucher in der Regel minimal. Auch drängt sich angesichts der Tatsache, daß nicht weniger als sechs Institutionen und Vereine an der Gestaltung beteiligt waren, das Sprichwort von den vielen Köchen auf, die den Brei verderben.

Die letzte Wahrnehmung kann man jedoch auch anders und positiver deuten. Bereits die Tatsache, daß das „Städtische Museum Flensburg“, das „Museum Schloß Sonderburg“, das „Institut für Regionale Forschung und Information Flensburg“, das „Stadtarchiv Flensburg“, „Historisk Samfund for Sønderjylland“ und „Institut for Sønderjysk Lokalhistorie“ eine Gemeinschaftsausstellung zustandebrachten, ist ein beachtenswertes Faktum. Es war bisher keine Selbstverständlichkeit, daß Museumsleute und Historiker beiderseits der Grenze gemeinsam Ausstellungen zu historischen Themen des Grenzlandes konzipierten. Die letzten Jahre ließen in dieser Beziehung ein novum erkennen, das von Bestand zu sein scheint. Eigentlich dürfte dies nicht wundern. Gerade der Historiker weiß, oder sollte wissen, daß es historisches Geschehen ohne Interpretation nicht gibt. Das „Wie-es-eigentlich-gewesen-ist“ soll zwar niemals aus den Augen gelassen werden; es bleibt dennoch ein nie ganz erreichbares Ideal. Es ist deshalb nur konsequent, daß der Blickwinkel, von wo aus Geschichte verstanden und dargestellt wird, dem wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Miteinander der heutigen Gegebenheiten entspricht und nicht einer historischen Hermeneutik folgt, die irgendwelche nationalistische und grenzkämpferische Prämissen zementiert. Das „strebende Bemühen“ der deutsch-dänischen Historikerguppe ist anerkennenswert, und das „Zusammenraufen“ weit sympathischer als das Verhalten mancher Kommunalpolitiker, die sich 75 Jahre nach dem Plebiszit und 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in Angelegenheiten der historischen Information und Denkmalpflege eher dem letzten chauvinistischen Aufgebot unterordnen, als einer sach-

lich orientierten Interpretation historischen Geschehens den Weg zu ebnen.

Die beißende Satire aus dem Jahre 1920, wiedergegeben auch in einem von Inge Adriansen und Broder Schwensen herausgegebenen Begleitbuch (S. 55), behält ihre Aktualität: „Vater“, fragt der kleine Teufel angesichts der grauenhaften Höllenstrafen, die einige Leute zu erleiden haben, „warum verhältst Du Dich Chauvinisten gegenüber besonders teuflisch?“ „Weil sie die einzigen Verbrecher sind, die auf der Erde ohne Strafe bleiben.“

Der Chauvinismus treibt bis heute auch im Mustangrenzland Schleswig seine Blüten. Neben vielen anderen großen und kleinen Initiativen ist die Ausstellung: „Selbstbestimmungsrecht der Völker. Schleswig 1920“ ein Beitrag gegen ihn und für das Zur-Kennntnis-nehmen, vielleicht auch für das Verstehen des Grenzlandnachbarn, der einer anderen nationalen Tradition angehört. Somit ist die Ausstellung ein Beitrag zum Grenzfrieden.

Das ist die alles andere überraschende, erfreuliche Komponente, die vollauf die Anwesenheit von viel politischer Prominenz, vorab der schleswig-holsteinischen Landtagspräsidentin, der Kultusministerin, des Flensburger Oberbürgermeisters und des Amtsbürgermeisters des Großkreises „Sønderjylland“ rechtfertigte.

Die Anwesenheit der genannten Politiker darf ganz gewiß auch als Anerkennung der geleisteten Arbeit gewertet werden. Leider werden Historiker auf der Suche nach der historischen Wahrheit und der Darstellung derselben zuweilen auch in unserem sonst friedlichen Grenzland als Zielscheibe einer unangebrachten verbalen Polemik mißbraucht.

Museumsinspektorin Inge Adriansen aus Sonderburg ließ die Problematik in ihren Worten zur Eröffnung der Ausstellung durchklingen. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von deutschen und dänischen Historikern bedeutet eben nicht, daß „die nationalen Unterschiede“ verschwinden, daß die „Verbrüderung“ zu weit geht, daß der eine vom anderen ausgenutzt wird, und daß ein Unterfangen wie die Ausstellung und ihr Begleitheft: „Von der deutschen Niederlage zur Teilung Schlesiens 1918-1920“ (siehe die Besprechung im vorliegenden Grenzfriedensheft) eine ganze Nation auf die schiefe Ebene geraten lassen kann.

Es gehört zum Metier des um Wahrhaftigkeit bemühten Historikers, den Kopf hinzuhalten. Stefan Heym hat diese Problematik allgemeingültig in dem Roman „Der König David Bericht“ hervorragend dargestellt. Den Historiker Ethan läßt er, als dieser einer Kommission über seine Arbeit Rechenschaft abzulegen hatte, den Satz sagen: „Aber man kann die

Geschichte nicht gänzlich von den Tatsachen trennen und erwarten, glaubwürdig zu bleiben.“ Daß die Tatsachen schlechter von zwei als von nur einem sehenden Auge wahrgenommen werden sollten, das ist nun ganz und gar nicht einsichtig.

Eine Ausstellung lebt zum einen von den zur Verfügung stehenden Exponaten und zum anderen von den Räumen, die für die Präsentation derselben zur Verfügung stehen. Die Räumlichkeiten im Flensburger Museum haben es den Ausstellungsgestaltern ganz gewiß nicht leicht gemacht. So war es allein den aufmerksamen, hilfsbereiten Angestellten des Museums zu verdanken, daß ich den Raum zur rechten Hand des Eingangs nicht übersah. Er bildet u.a. den Rahmen einer Darstellung der nationalpolitischen Entwicklung Schleswigs vor dem Ersten Weltkrieg. Ein Heft zur Eintragung von Besucherkommentaren deutet an, daß es solche gab, die diesen Teil übersahen. Es wurde die Frage nach dem historischen Kontext gestellt. Sie ist berücksichtigt! Dieser Teil der Ausstellung läßt jedoch wie auch die abschließende perspektivierende Darstellung der Minderheitenproblematik die ganze Fragwürdigkeit einer exemplarischen Verdeutlichung der Geschichte des Grenzlandes zum Vorschein kommen.

Um zu verstehen, muß man schon verstanden haben! Der Nicht-Vorbereitete wird den Sprung vom Plebiszit 1920 zur aktuellen Problematik, wie sie auf der Plakatsäule durch viele Zeitungsausschnitte sichtbar gemacht ist, schwerlich aus eigener Kraft schaffen können.

Das Kernstück der Ausstellung schildert die Zeit der „Commission Internationale Slesvig“ (CIS) von Januar bis Juni 1920. Dieser Hauptteil ist durch eine Fülle von Materialien, insbesondere Flachware, hervorragend bestückt.

Am beeindruckendsten ist sicherlich das große Gemälde Harald Slott-Möllers von den Mitgliedern der CIS. Normalerweise hat es auf Christiansborg seinen Platz. Es hinterläßt einen starken Eindruck. Gewichtige, ernsthafte Mienen; bedeutsame, schwerstens versiegelte Dokumente auf dem Tisch. Hier wird Geschichte gemacht. Im Hintergrund der Blick auf Flensburg. Bilder vermitteln, deuten, oder sie sind gar selbst Geschichte. Die Ausstellung zeigt Beispiele sämtlicher Kategorien.

Der Ankauf des Gemäldes mit den Mitgliedern der Kommission war politisch brisant und erregte Diskussionen. Bedeutete dies etwa die Stellungnahme des dänischen Parlaments zugunsten der Flensburg-Bewegung - gegen die Apenrade-Leute?

Ein weiteres politisch hochinteressantes Bild der Ausstellung ist A. Paul Webers Gemälde aus dem Jahre 1936 von Johannes Schmidt-Wodder,

der die deutsche Volksgruppe Nordschleswigs nach der verlorenen Volksabstimmung organisierte und im Folketing vertrat. Die Geschichte des Gemäldes zeigt, wie Kunst zum Instrument einer politischen Auseinandersetzung werden kann. Der „neuen Zeit“, der Nazizeit, war es ein Symbol der alten, vergangenen Epoche. Zumindest war das die Meinung von Schmidt-Wodder selbst. Kontrastreich ist neben der heimdeutschen führenden Persönlichkeit diejenige der Dannevirke-Bewegung, Redakteur Ernst Christensen, Flensburg, auch dies eine Arbeit Slott-Mpplers, angebracht. Kontrahenten der Geschichte werden vom Geist neuen grenzüberschreitenden Denkens zusammengebracht - ein sympathischer Gedanke!

In dem Raum, welcher die Abstimmung in Karikatur und Malerei darstellt, findet sich neben anderen sehenswerten Werken das Gemälde, welches am deutlichsten und gefühlvollsten die Vereinigung Nordschleswigs mit Dänemark aus dänischer Sicht schildert. Es ist Stefan Viggo Pedersens Gemälde: „Der Ritt des Königs über die Grenze 1920.“ Von deutschen Malern ist nur Marie Mertner bekannt, so behauptet das Begleitbuch S.51. Ganz stimmt die Information nicht, denn in Augustenburg und Sonderburg bemühte Peter Möller, später Sandkamm-Möller, sich darum, die Geschehnisse der Abstimmungszeit in Zeichnungen und Skizzen festzuhalten. Mehrere davon befinden sich im „Deutschen Museum Nordschleswig.“

Was aus der Geschichte der CIS an Originalstücken aufgeboten wird, von den Landesflaggen der im „Flensburger Hof“ residierenden Mitglieder der CIS bis zu den oftmals beschriebenen aussagekräftigen Wahlplakaten, die in ungeheuren Mengen eingesetzt wurden, und einigen, verständlicherweise wenigen, dreidimensionalen Gegenständen, ist beachtlich.

Unterprioritiert erscheint das Gebiet der Postgeschichte der Plebiszitzeit. In der Rezeption spielte es bis heute die vielleicht größte Rolle. Wer sich als Kind mit den Briefmarken seiner Heimat beschäftigte, der lernte auch den Begriff Plebiszit kennen. Wie gerade die philatelistischen Exponate die Volksabstimmung weltweit bekanntzumachen vermochten, verdeutlichte eine der letzten Ausgaben von „The American Philatelist“. Im November 1994 beschäftigte die amerikanische Zeitschrift sich sehr eingehend mit „The Slesvig Plebiscit Era“ (S. 988-1001). Die Ausstellungsgestalter jedoch interessierte die Postgeschichte kaum. Der dürftige Kommentar zu einigen wenigen Exponaten erlaubt keine Einsicht in deren einstige Bedeutung.

Ein abschließender Punkt sei wiederum einem generellen Phänomen gewidmet, das jahrzehntelang die durchweg nationalistisch geprägte

Geschichtsschreibung des Grenzlandes beeinflusste. Am Ende der 70er Jahre schrieb ein dänischer Historiker mir, nachdem er die Herausgabe des nordschleswigschen Teils des großen Werkes: „Dansk-Præste- og Sognehistorie“ abgeschlossen hatte, daß das Klischee vom unbeliebten, deutschen Pastor nicht aufrechtzuerhalten sei. Es zerbrach ganz einfach an den ermittelten Tatsachen. Es müsse somit einer Umwertung unterzogen werden.

Die Ausstellung: „Selbstbestimmungsrecht der Völker. Schleswig 1920“ ist insgesamt ein wertvoller Beitrag zur notwendigen Umwertung der bisherigen Darstellung der Grenzlandgeschichte. Die Klischees und Feindbilder sind in einem andauernden Prozeß an den gesicherten historischen Tatsachen zu messen.

Die Gegenüberstellung des Fotos von H. P. Hanssen als Redner bei einem Jahrestreffen dänischer nationaler Vereine (14. 6. 1914 in Hadersleben) mit dem Foto eines Düppel-Festes (29. 6. 1914) paßt nicht in dieses Konzept. Der Vergleich Hadersleben-Düppel hinkt. Der optisch augenfällige Kontrast: Filzhut contra Pikkeltaube könnte zur Zementierung eines im Grenzkampf benutzten Klischees beitragen, das den historischen Tatsachen generell gesehen nicht entspricht. Ebensovienig wie „den deutschen Pastor“ gibt es „den deutschen Beamten“ usw.

Dies bleibt jedoch für mich die kleine Ausnahme, welche die lobenswerte Hauptintention (sachlich und methodisch) bestätigt!

Minderheitenpolitik als Politik der Anerkennung

Anmerkungen zu einem Essay von Charles Taylor

von GERT ROSSBERG

I. Eine Philosophie der Minderheitenpolitik?

Sind es Pessimisten oder Realisten, die in den vor uns liegenden Jahren eine weltweite Zunahme von ethnischen Konflikten und damit zusammenhängenden gewaltsamen Auseinandersetzungen Voraussagen? Minderheitenfragen werden an Bedeutung gewinnen. Nach Möglichkeiten ihrer Lösung wird gesucht. Können die gesammelten Erfahrungen in der deutsch-dänischen Minderheitenfrage da eine Hilfe sein? Die Bedingungen jedes Konfliktes sind unterschiedlich. Die Regelung im deutsch-dänischen Grenzgebiet kann nicht einfach auf eine andere Situation übertragen werden. Sind hier aber vielleicht Prinzipien verwirklicht worden, die auch in anderen Fällen Gültigkeit haben?

Auf dem hohen Abstraktionsniveau eines Essays hat der an einer kanadischen Universität lehrende Professor Charles Taylor eine Art Philosophie der Minderheitenpolitik veröffentlicht. In der deutschen Übersetzung heißt das Buch „Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung!“⁽¹⁾ Es enthält außer der Arbeit Taylors Kommentare nordamerikanischer Professorinnen und -kollegen sowie einen Beitrag von Jürgen Habermas. Bewußt vereinfachend (aber hoffentlich nicht verfälschend) habe ich einige Überlegungen nach der Lektüre des Buches aufgeschrieben. Dabei ging es mir darum, die Philosophie Taylors in eine Beziehung zu setzen zur praktischen Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzgebiet und zur Frage ihrer Übertragbarkeit auf andere Minderheitenprobleme.

II. Minderheitenpolitik als Politik der Anerkennung

Worum geht es im Kern bei Minderheitenkonflikten? Die Mehrheit verweigert der Minderheit die volle Anerkennung. Die Minderheit kämpft um Anerkennung. Taylor stellt den Begriff der Anerkennung in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Im Alltag begegnet uns dieser Begriff, wenn zum Beispiel Prüfungen als gleichwertig oder Staaten als gleichberechtigt „anerkannt“ werden sollen. Taylor geht es um mehr. Für Menschen, seien es Individuen oder Gruppen, ist das Streben nach Anerkennung ein

Grundbedürfnis. Denn sie brauchen die Anerkennung anderer, um ihr Selbstwertgefühl aufzubauen und ihre Identität zu entwickeln. Max Frisch, der die zerstörerische Wirkung von Vorurteilen in seinem Stück „Andorra“ darstellt, schreibt in seinem Tagebuch: „In einem gewissen Grad sind wir wirklich das Wesen, das die anderen in uns hineinsehen, Freunde wie Feinde. Und umgekehrt! Auch wir sind die Verfasser der anderen.“⁽²⁾

Ablehnende Vorurteile sind eine Form fehlender Anerkennung. Die Vertreter einer Mehrheit machen sich häufig gar nicht klar, was sie den Mitgliedern einer Minderheit antun, wenn Sie ihnen die Anerkennung verweigern: Sie stören, verformen oder zerstören deren Identität, was bei einer Übernahme der Negativurteile der Mehrheit zu verschiedenen Formen eines zerstörerischen Selbsthasses führen kann.

Das Ringen um Anerkennung findet auf der Ebene der persönlichen Beziehung oder auf der Ebene der gesellschaftlich-politischen Öffentlichkeit statt. Letztere ist das Feld der Politik der Anerkennung.

Es gibt verschiedene Arten der Kämpfe um Anerkennung⁽³⁾, in denen es z.B. um die Gleichstellung der Frauen, um die Nationenbildung nach dem Zerfall der Sowjetunion oder um nationale und kulturelle Minderheiten geht, wie in dem hier behandelten Fall.

Als Ziel einer gelungenen Anerkennungspolitik sieht Taylor:

„Der Kampf um Anerkennung kann nur eine zufriedenstellende Lösung finden, nämlich indem eine gegenseitige Anerkennung unter Gleichgestellten zustandekommt.“⁽⁴⁾

Wann dieses Ziel erreicht ist, wird nicht leicht zu bestimmen und deshalb nie unumstritten sein. Das gute Verhältnis zwischen Mehrheiten und Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet ist jedoch ein Ausdruck dafür, auf dem richtigen Weg und auf ihm ein gutes Stück vorangekommen zu sein. Das Ziel ist aber damit noch nicht erreicht.

Ein wesentliches Element der gegenseitigen Anerkennung ist hier die Respektierung des subjektiven Bekenntnisses: Däne ist, wer Däne sein will. Deutscher ist, wer Deutscher sein will. Nur so wird die Freiheit und die Würde des einzelnen geachtet. Niemand hat das Recht, dieses Bekenntnis zu bestreiten oder an objektiven Kriterien festmachen zu wollen.

Es wäre interessant, einmal die Sprache des „Grenzkampfes“ daraufhin zu untersuchen. Das Ergebnis ist absehbar: Es war eine Sprache der Nichtanerkennung. Wenn zum Beispiel nach 1945 auf deutscher Seite, angesichts des enormen Zuwachses der dänischen Stimmen, von „echten“ und damit „unechten“ Dänen gesprochen wurde, war dies das Vokabular der Nichtanerkennung. Die Entscheidung des einzelnen wurde nicht

akzeptiert. Statt dessen wurde beansprucht, über den Kopf des Betroffenen hinweg entscheiden zu können, was er zu sein und wohin er zu gehören habe. Die vielfältigen Motive, von denen die Menschen in diesen unruhigen Zeiten bewegt wurden, glaubte man auf reinen Opportunismus reduzieren zu können. Als sich später viele wieder zur deutschen Seite wandten, wurde nicht gefragt, ob es sich um „echte“ oder „unechte“ Deutsche oder um eine opportunistische Entscheidung handelte. Das wäre gegenüber dem Bekenntnis des einzelnen genauso respektlos gewesen wie vorher. Dessen konkrete Motive zu kennen, durfte sich niemand anmaßen. Anerkennung ist ein wechselseitiger Prozeß zwischen Mehrheit und Minderheit. Wenn er positiv verläuft, wird die Minderheit die Mehrheit anerkennen. Das Recht zur Entfaltung der eigenen Kultur entbindet nicht von den Pflichten als Staatsbürger. Das ist zum Beispiel für die dänische Minderheit heute eine Selbstverständlichkeit. Es könnte zum Problem für fundamentalistische Gruppen werden, die nicht zur gleichberechtigten Anerkennung der Mehrheitskultur oder zur Einhaltung der Verfassungs- und Rechtsordnung bereit sind. Das Grundgesetz ist die unerläßliche minimale Gemeinsamkeit zwischen Minderheit und Mehrheit. Ohne diese minimale Gemeinsamkeit wäre die Gefahr der Fragmentierung, des Zerfalls der Gesellschaft, gegeben, die von den Gegnern jeder gleichberechtigten Anerkennung beschworen wird.

Das gemeinsame Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat erleichtert heute die gegenseitige Anerkennung zwischen Deutschen und Dänen. Welche Loyalitätskonflikte für die Angehörigen der dänischen Minderheit entstanden, als nach 1933 die Grenze den totalitären NS-Staat von der dänischen Demokratie trennte, können Deutsche heute leichter nachvollziehen als ihre Vorfahren damals.

III. Minderheitenpolitik als „Politik der Differenz“

Auf die Anerkennung der gleichen Würde aller Menschen und die daraus abgeleiteten gleichen Rechte und Freiheiten müssen die Bürgerinnen und Bürger vieler Staaten heute noch verzichten, mit ihnen die Angehörigen von Minderheiten. Überall da, wo diese universellen Rechte verwirklicht sind, ist dies ein großer Schritt nach vorn. Dennoch reicht er für den Schutz einer nationalen oder kulturellen Minderheit nicht aus. Taylor spricht von der „Politik der Differenz“, wenn es ihm um die Anerkennung der unverwechselbaren Identität von Gruppen und einzelnen geht, um ihre Besonderheiten, durch die sie sich von der Mehrheit unterscheiden. Diese

„Politik der Differenz“ ist nicht unumstritten. Taylor schildert die Kontroverse zwischen zwei Auffassungen von Liberalismus in den USA, das heißt des demokratischen Rechtsstaates in unserem Verständnis. Die eine, der es ausschließlich um die Wahrung und Sicherung gleicher Freiheitsrechte für alle gehe, stehe im Widerspruch zur anderen, die zusätzlich zu den individuellen Freiheitsrechten auch das Recht auf Differenz und damit auf Wahrung und Sicherung kollektiver Identitäten vertrete. Jürgen Habermas⁶ sieht diesen Widerspruch nicht. Er zeigt auf, daß sich das Recht auf Differenz aus den zu Ende gedachten Freiheitsrechten ergibt, die im demokratischen Rechtsstaat jedem und jeder zustehen.

(Auf eine ausführliche Darstellung der unterschiedlichen Positionen muß ich hier verzichten).

Die „Politik der Differenz“ wird im deutsch-dänischen Grenzgebiet praktiziert. Die Achtung der Identität der Angehörigen der Minderheit verlangt die Anerkennung der besonderen Lebenszusammenhänge, die von ihnen für unentbehrlich gehalten werden. Ohne die gesamte Infrastruktur einer Minderheit vom Kindergarten bis zum Altersheim kann das einzelne Mitglied seine und seiner Kinder Identität nicht sichern und aufbauen. Die schleswig-holsteinische Landesverfassung proklamiert den Minderheitenschutz zum Staatsziel. „Die nationale dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung“ (Artikel 5.2.). Darüber gab es im Landtag keinen Meinungsstreit. Die Verfassung wurde einstimmig beschlossen. Auch vorher bestand ein weitgehender Konsens darüber, daß die gewünschte Gleichstellung der Minderheiten in bestimmten Fällen ihre Besserstellung, also Privilegierung, erforderlich macht. Was das heißt, kann nicht allgemein, sondern nur in konkreten Einzelfällen bestimmt werden. Die Befreiung des SSW von der Fünfprozentklausel bei Landtagswahlen ist ein Minderheitenrecht. Sie könnte einer deutschen Partei, die nur in einem Teil des Landes Kandidaten aufstellen will, nicht gewährt werden. Das von der dänischen Regierung eingerichtete Sekretariat der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen verschafft der Minderheit eine Sonderstellung, auf die andere Gruppen verzichten müssen. Natürlich gibt es für derartige Sonderrechte auch Grenzen. Jürgen Habermas⁷ kritisiert zurecht, daß Taylor theoretisch und mit den von ihm befürworteten Beispielen diese für demokratische Rechtsstaaten notwendige Grenze überschreitet. Taylors Beispiel: Unter den mehrheitlich englisch sprechenden Kanadiern sind die französisch sprechenden eine Minderheit. In der Provinz Quebec stellen sie jedoch die Mehrheitsbevölkerung. Um diese Mehrheit auf Dauer zu erhalten, dürfen Einwanderer und

Frankophone ihre Kinder in der Provinz Quebec nicht auf englischsprachige Schulen schicken. Eine solche Regelung käme bei uns mit dem Grundgesetz in Konflikt. Sie ist aber auch mit der Bekenntnisfreiheit, wie sie im deutsch-dänischen Grenzgebiet hochgehalten wird, nicht vereinbar. Niemand darf zwangsweise der Mehrheit oder der Minderheit zugeordnet werden. Die Bekenntnisfreiheit schließt einen Wechsel zwischen Mehrheit und Minderheit in beiden Richtungen ein. Eine Bestandsgarantie für Minderheiten kann es aber nicht geben. Auch der Anspruch auf Schutz und Förderung in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung will sie nicht gewährleisten. Selbst wenn die „gegenseitige Anerkennung unter Gleichgestellten“ erreicht wäre, was heute noch nicht der Fall ist, hängt es letztlich von den Minderheiten selbst ab, in ihren Organisationen und Vereinigungen ein so lebendiges, zur Mitwirkung einladendes, Zustimmung und Zugehörigkeit vermittelndes Leben zu gestalten, daß sich die Frage nach dem Überleben gar nicht mehr stellt.

IV. Die Politik der Anerkennung und der Charakter von Minderheitenkonflikten

Ohne den Willen, eine Anerkennungspolitik Schritt für Schritt durchzusetzen, kann es ein friedliches Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit nicht geben. Unter allen historischen, kulturellen, religiösen, sozialen und sonst noch vorhandenen Unterschieden, die es zwischen dem deutsch-dänischen Grenzgebiet und den Konfliktgebieten in Südost- und Osteuropa gibt, ist dies der entscheidende. Solange, wie im ehemaligen Jugoslawien, die schrecklichsten Formen der Mißachtung, Folter und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind, ist der Weg zur gegenseitigen Anerkennung noch sehr weit.

Die Frage der Anerkennung entscheidet aber über den Charakter des Konfliktes. Bei der verweigerter Anerkennung geht es um verletzte Menschenwürde, um ein gestörtes Gerechtigkeitsgefühl. Hier nur nach ökonomischen Interessen zu suchen, die nur besser berücksichtigt werden müssen, geht am Kern des Konfliktes vorbei.

In der politischen Diskussion über den grundsätzlichen Wert von Konflikten schreiben die einen ihnen eine produktive Funktion zu, die anderen sehen nur die Gefahr des Zerstörerischen. A. O. Hirschmann^{B)} unterscheidet zwei Grundkategorien von Konflikten. Bei den einen geht es um ein „Mehr- oder-Weniger“, bei den anderen um ein „Entweder- Oder.“ Beide Konflikte unterscheiden sich hinsichtlich der Möglichkeit, Kompromisse zu

schließen. Lohnkonflikte zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern gehören in der Regel zur „Mehr- oder-Weniger“-Kategorie. Das Problem ist, wo ein Kompromiß zwischen Maximalforderung und Minimalangebot gefunden wird. Wenn die Mehrheit einer Minderheit die Existenz bestreitet, geht der Kampf um ein „Entweder-Oder“, nämlich um Anerkennung oder Nichtanerkennung. Ein Kompromiß ist da nur schwer möglich. Das erklärt, warum Minderheitenkonflikte so schnell eskalieren und bis zur gewaltsamen Auseinandersetzung führen können. Die gegenseitige Anerkennung schafft eine neue Grundlage. Aus dem „Entweder-Oder“-Konflikt wird ein „Mehr-oder Weniger“-Konflikt. Das scheint mir bei vielen Alltagsstreitigkeiten zwischen der dänischen Minderheit und der deutschen Mehrheit heute der Fall zu sein. Nach der gegenseitigen Anerkennung wird über die grundsätzliche Berechtigung finanzieller Forderungen nicht mehr gestritten, wohl aber über die Höhe. Und da sind Kompromisse möglich. Wenn allerdings zum Beispiel ein deutscher Kommunalpolitiker meint, es sei doch viel billiger, wenn dänische Eltern ihre Kinder in den deutschen Kindergarten schickten, so beschwört das einen „Entweder-Oder“-Konflikt herauf, weil er, wahrscheinlich eher aus Unverstand als mit böser Absicht, das Recht auf Differenzen und damit letztlich die Existenz der Minderheit in Frage stellt.

V. Die „Politik der Anerkennung“ als bleibende Aufgabe

Der jährlichen Auseinandersetzung um die Zuschüsse für die dänischen Einrichtungen müde, wünschen sich manche deutsche Kommunalpolitiker eine Formel, die ein für allemal die Höhe der Haushaltsansätze bestimmt. Ein solcher Wunsch mag aus mancherlei Gründen verständlich sein. Er ist aber eine Illusion. Die Minderheit und ihre Probleme wandeln sich. Was heute ein Randgebiet ihrer Arbeit ist, kann morgen für die Erhaltung und Sicherung der Identität als ungemein wichtig erkannt werden. Dann ist dafür Geld erforderlich, das in der Formel nicht berücksichtigt werden konnte. Wo es lebendige Mehrheits-Minderheits-Beziehungen gibt, wird es nie eine endgültige Lösung, sondern nur zeitbezogene, optimale Regelungen ihrer Anerkennungsbeziehung geben.

Angesichts der Krise der öffentlichen Finanzen ist es besonders wichtig, gemeinsam darüber nachzudenken, was der Inhalt einer Politik der Differenz konkret sein kann. Gleiche Prozentsätze der Zuschußkürzungen mögen einem formalen Gleichheitsprinzip genüge tun. Sie können aber eine Existenzbedrohung bewirken. Hier schlägt dann im oben ausgeführten

Sinne der „Mehr-oder-Weniger- Konflikt“ in einen „Entweder-Oder-Konflikt“ um.

Abgesehen von aktuellen Finanzproblemen bleiben die dänische und die deutsche Minderheit durch das strukturelle Ungleichgewicht belastet, das zwischen ihnen und der jeweiligen Mehrheit besteht und unaufhebbar für immer bestehen wird. Vielleicht gerade dann, wenn das Zusammenleben relativ konfliktfrei verläuft, übt die Mehrheit eine Sogkraft aus. Das ist keine bewußte Assimilierungspolitik. Die will schon lange niemand mehr. Zu einer Minderheit zu gehören, mag sicherlich auch manche Vorteile haben, es verlangt aber mehr Selbstreflexion, mehr Selbstbewußtsein, mehr Standfestigkeit. Es ist meistens einfacher und bequemer, zur Mehrheit zu gehören. Dieses quasi natürliche Ungleichgewicht zwischen Mehrheit und Minderheit gilt es bei der konkreten Bestimmung der Politik der Differenz zu berücksichtigen, das heißt bei der Festlegung, was für die Bewahrung der Identität der Minderheit wichtig und unverzichtbar ist.

Es gibt keinen Anlaß, am Fortbestehen des guten Verhältnisses zwischen Mehrheiten und Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet zu zweifeln. Es darf aber nicht zu einer Selbstverständlichkeit werden, über deren Voraussetzungen und Bedingungen immer weniger nachgedacht wird. Die notwendige Sensibilität für Minderheitenfragen würde darunter leiden. Statt dessen könnten sich Ignoranz und Gleichgültigkeit ausbreiten, weil andere Probleme als viel wichtiger angesehen werden. Ignoranz und Gleichgültigkeit sind aber auch Formen mangelnder Anerkennung, die kränken und emotionale Reaktionen hervorrufen. Die Besuche führender Politiker bei den Minderheiten sind sicher ein Mittel, das öffentliche Interesse an den Minderheiten zu dokumentieren und der Gleichgültigkeit entgegenzuwirken. Über andere Formen, gegen die Gleichgültigkeit anzugehen, muß verstärkt nachgedacht werden.

Westeuropa war leider nicht in der Lage, mäßigend auf die Konflikte im östlichen und südöstlichen Teil des Kontinents einzuwirken. Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, daß der dort wiedererwachte Nationalismus sich wie eine ansteckende Krankheit in ganz Europa ausbreitet. Ethnische und kulturelle Homogenität ist ein gefährlicher Traum, der sich nur gewaltsam, letztlich durch das Verbrechen der „ethnischen Säuberungen“ verwirklichen läßt.

Mit der Politik der Anerkennung und dem Prinzip des freien Bekenntnisses wird ein auf Homogenität zielendes Postulat nationalstaatlichen Denkens ein für allemal aufgegeben, nämlich, daß Staatsangehörigkeit, Nationalität und kulturelle Identität übereinstimmen sollten. Deutschland war und ist

ein heterogener Nationalstaat. Mit der Anerkennung der dänischen, der sorbischen und friesischen Kultur ist Deutschland ein Staat mit mehreren Kulturen, es ist multikulturell. Noch vorhandene völkische Elemente im deutschen Kultur- und Staatsbürgerverständnis gehen an der Wirklichkeit vorbei. Sie stabilisieren aber in verhängnisvoller Weise ein auf Abschließung statt auf Offenheit gerichtetes Denken.

Völkisches Denken meint Homogenität. Je homogener die Mehrheit sich selbst sehen will, um so mehr empfindet sie Minderheiten als fremd und störend. Völkisches Denken stellt deshalb die demokratische Anerkennungspolitik in Frage. Statt dessen muß die Politik der Anerkennung weitergehen und noch vorhandene Defizite überwinden. Daß im Verhältnis zu den Sinti und Roma Defizite bestehen, bedarf keiner Begründung.

Die Anerkennungspolitik gegenüber den „neuen Minderheiten“ als eine ungelöste Aufgabe zu sehen, wird gern verdrängt. Die Unterscheidung in alt-eingesessene, traditionelle, nationale Minderheiten auf der einen und neue, Migrationsminderheiten auf der anderen Seite, ist aus Gründen der praktischen Politik verständlich. Ohne sie wäre manche nationale und internationale Übereinkunft sehr erschwert worden. Grundsätzlich ist es aber nur eine Frage der Zeit, bis aus einem Eingewanderten ein Einheimischer, aus einer Immigrantenminderheit eine traditionelle wird. Eine Minderheit, zum Beispiel der Deutschtürken, wird deshalb in absehbarer Zeit um Anerkennung kämpfen und diese Anerkennung auch erhalten müssen. Eine Kultur, die sich abschließt, verliert die Fähigkeit zum Wandel und erstarrt. Die Deutschen haben wie andere sich selbst am meisten genutzt, wenn sie offen waren für Menschen und kulturelle Impulse von außen. Wenn nach der gegenseitigen Anerkennung das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit gut läuft, ist es ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Zurecht wird beklagt, daß zum Beispiel in Flensburg auf diesem Gebiet noch viele Chancen verpaßt werden. Manche positiven Entwicklungen werden eher von Außenstehenden zur Kenntnis genommen. So die politische Kultur in Flensburg, die sich dadurch auszeichnet, daß die Auseinandersetzung zwischen politischen Gegnern nicht in starre Konfrontation und persönliche Feindschaft ausartet. Das ist sicherlich zu einem guten Teil dem Einfluß des SSW und des dänischen Politikverständnisses zu verdanken. Dieses und andere Beispiele zeigen, daß durch das Zusammenleben zweier Kulturen und durch die Bereitschaft, vom anderen zu lernen, beide gewinnen und das gemeinsame Leben menschlicher werden kann. Das ist dann ein schöner Lohn für eine funktionierende Politik der Anerkennung.

Die Lektüre des Buches von Charles Taylor zeigt, daß seine Grundelemente einer Philosophie der Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzgebiet verwirklicht sind. Das Ziel: „Die gegenseitige Anerkennung unter Gleichgestellten“ bleibt jedoch eine Aufgabe, für die täglich gearbeitet werden muß.

Anmerkungen:

1. Charles Taylor: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt/Main, 1993
2. Max Frisch: Tagebuch 1946-49, Frankfurt/Main 1955, S. 31
3. Grundlegend zur Diskussion um Anerkennungskämpfe siehe: Axel Honneth: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt/Main 1992
4. Taylor a.a.O., S. 42
5. Taylor a.a.O., S. 28 ff.
6. Jürgen Habermas: Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat, in Taylor a.a.O., S. 147 ff.
7. Habermas in Taylor a.a.O., S. 152 ff.
8. Albert O. Hirschmann: Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?, in: Leviathan, Nr. 2, 1994, S. 292 ff.

Jugendliche am „Friesenwall“ 1944

Aus den „Heimatbriefen“ der Lehrerbildungsanstalt Burg i. D.

von GERHARD HOCH

Nach der Invasion der westalliierten Truppen an der Küste der Normandie am 6. Juni 1944 gab Hitler am 28. August desselben Jahres den Befehl zum Bau einer Abwehrstellung entlang der gesamten deutschen Nordseeküste von der niederländischen bis hinauf zur dänischen Grenze. Dieser „Friesenwall“, wie das Befestigungswerk auch genannt wurde, entsprang der Vorstellung, die Alliierten könnten auch an der deutschen Nordseeküste einen Landungsversuch unternehmen. Diese Befürchtungen waren jedoch weitgehend übertrieben und insofern allenfalls ein Dokument fortschreitender Panik aufgrund der inzwischen hoffnungslosen militärischen Lage Hitlerdeutschlands.¹⁾

In der Bezeichnung „Friesenwall“ verbindet sich die Vorstellung von dem als unbezwingbar geltenden „Westwall“ entlang der deutschen Westgrenze und der Nimbus des tapferen und sturmerprobten Friesenstammes. Nach den Durchführungsbestimmungen des Oberkommandos der Wehrmacht sollte er sich in drei grob parallel verlaufende Linien gliedern, beginnend mit einem Seedeich mit anschließender Verteidigungslinie ins Landesinnere und ergänzt durch verschiedene „Riegelstellungen“ in Ost-West Richtung. Die gesamte Anlage sollte aus Panzer- und Schützengräben bestehen und darüber hinaus auch Platz für Geschützstellungen aufweisen. Abgesehen davon, daß eine Landung größerer militärischer Verbände im extrem flachen Wattenmeer so gut wie unmöglich gewesen wäre, standen für die Errichtung von wirklichen Verteidigungsanlagen weder die Arbeitskräfte noch genügend Material zur Verfügung. Trotzdem wurden Tausende von Menschen zum Arbeitseinsatz befohlen. Eine amtliche Statistik über den Stand am 28. Oktober 1944 gibt allein für

den Abschnitt Nordfriesland folgende Zahlen an: Angehörige der Wehrmacht und des Reichsarbeitsdienstes: 1110, deutsche Angehörige der Organisation Todt: 1043, ausländische Angehörige der Organisation Todt: 16 199, deutsche Zivilarbeiter: 3348, Gefangene: 2992.²⁾ Bei den Gefangenen handelte es sich hauptsächlich um Häftlinge des Konzentrationslagers Husum-Schwesing; beim Bau der „Riegelstellungen“ wurden ab Anfang November 1944 Häftlinge des KZ Ladelund eingesetzt.

Unter den aufgeführten deutschen Zivilarbeitern sind die zahlreichen Jugendlichen erfaßt, die aus mehreren Teilen Schleswig-Holsteins an diesen Abschnitt der „Reichsverteidigung“ beordert wurden. An deren angemessene Ausrüstung war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr zu denken. So hatten die Jungen aus Alveslohe, Kreis Segeberg, in ihrer Heimatgemeinde eine Erklärung folgenden Inhalts zu unterschreiben: „Ich bescheinige mit meiner Unterschrift, daß ich am... für den Einsatz am Friesenwall eine Wolldecke in Empfang genommen habe, die Eigentum der Gemeinde Alveslohe ist. Ich verpflichte mich, diese Decke bei meiner Rückkehr vom Einsatz der Gemeinde zurückzugeben.“³⁾ Ganze Schulklassen wurden für sechs Wochen nach Nordfriesland transportiert, z. B. Klassen der Mittelschule in Barmstedt, Kreis Pinneberg, und Kaltenkirchen, Kreis Segeberg. In Flensburg erhielten im September 1944 ca. 120 Jungen der HJ einen Einsatzbefehl zum „Schippen“ am Friesenwall⁴⁾, aus Kiel wurden im November 300 Jungen und 30 Mädchen an die Westküste beordert.⁵⁾

Zu diesem „letzten Aufgebot“ gehörten auch Jungen der Lehrerbildungsanstalt (LBA) in Burg i.D., die zuvor die LBA in Lunden besucht hatten. Diese etwa 17 Jahre alten „Jungmänner“, wie sie sich nannten, waren Volksschulabgänger, denen die Möglichkeit geboten wurde, in einem fünfjährigen Kursus zu Volksschullehrern ausgebildet zu werden. Sie verstanden sich als Elite, ausgewählt von Schule, Schulverwaltung und Hitlerjugendführung, und wurden in lagermäßigem Gemeinschaftsleben intensiv zu nationalsozialistischem Denken, Fühlen und Handeln erzogen.

Der Krieg jedoch erzwang nicht nur eine Verkürzung und damit Verschlechterung der Ausbildung, sondern vielfach auch deren Abbruch durch Einberufung zum Reichsarbeitsdienst, zum Dienst als Luftwaffen- oder Marinehelfer und in „Wehrertüchtigungslager“. Die noch in der Anstalt Verbliebenen hielten durch sporadisch verschickte „Heimatbriefe“ Verbindung zu jenen „Jungmannen“, die sich bereits im Fronteinsatz befanden, überwiegend freiwillig bei der Waffen-SS. Ein solcher „Heimatbrief“⁴ (vom 1. Dezember 1944) enthält unter anderem einen Bericht über den Einsatz der Jungen am „Friesenwall“.⁶ Dieser soll hier - durch erläuternde Hinweise ergänzt - im Wortlaut wiedergegeben werden:

Meine Aufgabe ist es nun, Euch etwas über unseren Einsatz beim Schippen zu erzählen. Selbstverständlich wurde auch unsere Lehrerbildungsanstalt zu den Schanzarbeiten in unserem Gau herangezogen. Am 14. September mittags erschien der Bannführer (der Hitler-Jugend) und teilte uns mit, daß wir schon nachts um 1 Uhr als „Vorkommando“ fahren mußten. Schnell wurden Tornister und sonstige Sachen startklar gemacht, und nachts, kurz nach Mitternacht, ging's nach Norden. Am nächsten Tage kamen wir um 15 Uhr in unserem Einsatzort Viöl an. Viöl liegt im Kreise Husum an der Strecke Flensburg-Husum, also etwa 20 km von der Küste ab. Wir hatten als Vorkommando die Aufgabe, alle Quartiere für die Ankunft der 700 Jungen und Mädchen vorzubereiten.

Diese große Zahl der Ankömmlinge konnte unmöglich in Viöl alleine untergebracht werden. Sie wurden auf mehrere umliegende Gemeinden verteilt.

Da mußte zunächst einmal tüchtig Stroh geschleppt werden. Dann mußten die Lager zurechtgemacht werden. Wir waren in Ställen und Gasthäusern untergebracht. Die Mädels des BDM (Bund Deutscher Mädels) waren zum größten Teil in Privatquartieren. Sie hatten die Aufgabe, für die zurückkehrenden „Schwerstarbeiter“ das Essen bereit zu halten. Ich muß schon sagen, sie haben es in vorbildlicher Weise zubereitet. Ist ja auch kein Wunder, als dithmarscher Bauerntöchter! Das Vorkommando hatte aber auch die Begünstigung, in den ersten Tagen privat zu essen. Ich hatte das große Glück, Gast

des Dorfbäckers zu sein. Ihr müßt Euch nämlich vorstellen, daß Viöl ein reines Bauerndorf ist.

Nach drei Tagen traf dann der Sonderzug aus Süderdithmarschen ein. Wir brachten die Kameraden in ihre Quartiere, und am nächsten Tage sollte die Arbeit für uns beginnen. Inzwischen waren wir mit Picken, Schaufeln und Spaten ausgerüstet worden. Gleich der erste Tag brachte für uns unerhört viel Neues. Wir sahen zum ersten Male einen Panzergraben. Der Anmarschweg, der etwa zwei Stunden dauerte, war bald nur noch ein kurzer Weg. Wir kannten in dieser Gegend bald jedes Haus. Als wir dann unseren Panzergraben fertig hatten, wurden Schützengräben ausgehoben. “

Dem zweistündigen Anmarschweg entsprach eine Entfernung von etwa 10 Kilometern. Panzergräben oder Reste eines solchen sollen in der Gegend um Viöl nicht mehr vorhanden sein. Die Abmessungen eines Panzergrabens betragen in etwa: Tiefe 4,50 Meter, Sohlenbreiten 0,50 Meter und obere Breite 5,70 Meter. Die Arbeit war je nach der Bodenbeschaffenheit - Marsch- bzw. Kleiboden oder Geestboden - sehr unterschiedlich. Auch die größere Tiefe des Panzergrabens erschwerte die Arbeit im Vergleich zu den viel weniger tiefen Schützengräben. *So verlief die Zeit unseres Kriegseinsatzes sehr schnell. Besonders erlebnisreich waren für uns die Sonntage. An jedem Sonntag kam ein Lastwagen mit Kuchen aus Süderdithmarschen. Wir haben uns jedesmal buchstäblich an Kuchen sattgegessen. Am Erntedanktag wurde dort von den Jungmännern der LBA eine Feierstunde veranstaltet. Es wirkten mit: Unser Musikzug, Fanfarenzug und Spielmannszug. Im Großen und Ganzen können wir von unserem Einsatz in Viöl berichten, daß er uns unerhört viel Spaß gemacht hat.*

Nach sechs Wochen jedoch nahte das Ende. Wir blieben wieder als Nachkommando da. Unsere Aufgabe bestand nun darin, genau das Umgekehrte wie vor sechs Wochen zu machen. Also hatten wir für die Sauberkeit der verlassenen Quartiere aufzukommen. Dann verließen auch wir Viöl und kehrten nach Burg zurück. Anschließend gab es eine Woche Einsatzurlaub. Der wurde natürlich ausgenutzt. Das Schlafen

in den weichen Betten ist doch etwas angenehmer als auf Stroh.

Ich glaube, jetzt hat jeder von Euch etwas aus unserem Kriegseinsatz mitgekriegt. Ich glaube jedoch nicht, daß Ihr den Rundbrief noch vor Weihnachten oder Neujahr bekommt. Die Hauptsache ist, Ihr wißt zunächst einmal, was mit uns ist. Weiter glaube ich jedoch, daß dies der letzte Brief von uns zehn letzten Lundenern des alten Zuges sein wird. Wir rechnen alle mit der Einberufung zum RAD (Reichsarbeitsdienst). Der nächste Termin ist der 6. Januar. Ich glaube, da werden wir sicher abschwimmen.

Ich wünsche Euch allen ein recht frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr. Euer Kamerad Walter B.

Auf den ersten Blick haben wir einen kindlich-jugendhaften Text vor uns, wie ihn Generationen zuvor auch hätten schreiben können, voller Begeisterung über ein Ereignis, das ihr kaserniertes Dasein in der Lehrerbildungsanstalt unterbrach. Und dennoch verraten diese Sätze mehr. Begriffe aus dem Militärischen und dem Kriegsgeschehen, wie „Vorkommando, Nachkommando, Einsatzort, Einsatzurlaub“ überhöhten die Wochen in Viöl zu einem wahren „Kriegseinsatz“. Der erstmalige Anblick eines Panzergrabens, aus Frontberichten, Bildern in Presse und Kino-Wochenschauen vom Westwall und von der Ostfront allgemein bekannt, wurde zu einem „unerhört Neuen“. Dies und der sicher absichtsvoll zur Nachtzeit angesetzte Abmarsch verlieh dem ganzen Unternehmen einen Hauch von Abenteuer. Was diese Jungen in Jungvolk, Hitler-Jugend und Schule gesungen hatten - überaus eingängige Soldaten-, Kampf- und Kriegslieder, was man ihnen an den Heimabenden vorgelesen hatte über frisch-fröhlichen Kampf und Streit und Krieg: Am „Friesenwall“ erlebten sie endlich ein Stück Erfüllung. Dies allein schon war von der Führung so berechnet und Grund genug, diese Jugendlichen, die sich so stolz „Jungmänner“ nannten, mit Schaufel und Spaten in der „Reichsverteidigung“ einzusetzen.

Ein weiterer, gekürzt wiedergegebener „Heimatbrief“ aus Burg gibt einen noch tieferen Einblick in die Stimmung dieser Jungen gegen Kriegsende:

Kurz nach den Sommerferien erhielten die letzten Kameraden des Jahrgangs 1927 ihre Einberufung zum Reichsarbeitsdienst. Welche Stimmung bei denen herrschte, ist gar nicht zu beschreiben. Endlich war die Reihe jetzt auch an sie gekommen. - Doch, wer zuletzt lacht, lacht am besten. Es rief ein anderer und höherer Einsatz. Es galt nun die Reichsverteidigung. Sämtliche Einberufungen wurden sofort wieder eingezogen... Sehnsüchtig warten wir, der kleine Haufen, auf weitere Einberufungen. Ihr könnt es uns nachfühlen, wie sehr wir darauf brennen. Ihr habt es ja alle selbst einmal durchgemacht, und vielleicht führt uns das Schicksal noch irgendwo draußen im Kampf zusammen... Im Namen des Zuges Euer Hans- Harald B.

Viele von denen, die es vor ihnen „durchgemacht“ hatten, dieses „Brennen“ auf den Einsatz an der Front, hatte der Krieg längst verschlungen, „draußen im Kampf“. Das war diesen Jungen sehr wohl bekannt, denn jeder „gefallene“ Kamerad wurde ja mit einer besonderen Ehrung bedacht. Hier begegnen wir dem Resultat einer planvollen Erziehung und Abrichtung künftiger Volksschullehrer - wie ich selber als Absolvent der LBA Lunden es erlebt habe. Erschütternd wirkt dann die geistige und gefühlsmäßige Verirrung, wenn man den in einem mörderischen Kampf stehenden Kameraden ein „recht frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr“ wünscht.

Anmerkungen:

1. Zum „Friesenwall“: Klaus Bästlein, „Eine dreimonatige Hölle und ein Massenmord ohne Sinn“, in: Bästlein u.a. Hg., Das KZ Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme, Bredstedt 1983, S. 30 ff. - Konzentrationslager Ladelund 1944. Wissenschaftliche Dauerausstellung in der KZ-Gedenkstätte Ladelund. Katalog, hrsg. v. d. Ev.-Luth. Kirchengemeinde Ladelund 1990, bes. S. 13, 24 f. - Neuerdings auch: Olde Lorenzen, Macht ohne Moral. Vom KZ Husum-Schwesing zum Denkmal für die Opfer, Heide 1994, bes. S. 67 ff. (Siehe hierzu die Buchbesprechung im vorliegenden

Grenzfriedensheft).

- 2 „Übersicht über Baustand und Baufortschritt.“ Bundesarchiv-Militärarchiv, RH 1 I 111/213; zit. nach Lorenzen, S. 74.
- 3 Archiv der Gemeinde Alveslohe.
- 4 Helmut Ohl, Zum „Schippen“ in Langenhorn, in: Chronikblätter aus Langenhorn. N. F. Nr. 10, Okt. 1994, S. 407-409.
- 5 Klaus Bästlein (wie Anm. I), S. 32.
- 6 Heimatmuseum Lunden. - Für den Zugang zu den „Heimatbriefen“ danke ich dem Leiter des Heimatmuseums Lunde.

Inge Adriansen – 25 Jahre Wirken für das Grenzland

Am 3. Januar 1995 wurde Museumsinspektør Dr. Inge Adriansen in Anwesenheit zahlreicher Gäste für ihre 25jährige verdienstvolle Tätigkeit am Museum Schloß Sonderburg (Museet på Sønderborg Slot) geehrt. Dies gab auch der nordschleswigschen Presse Gelegenheit, Inge Adriansens Persönlichkeit und Ihr Wirken für das Museum wie für das Grenzland zu würdigen. So schrieb der „Nordschleswiger“ (3.1.1995) u.a.:

„Sie hat es wie kaum eine andere Museumsmitarbeiterin verstanden, dem Museum Profil zu geben durch Vorträge, Führungen und Schriften. Ihr Engagement hat auch wesentlich dazu beigetragen, daß das Ziegeleimuseum Cathrinesminde auf Brockerland heute eine Filiale des Sonderburger Museums ist.

Aufgewachsen in Skanderborg, zog es sie nach dem Abitur nach Moskau, wo sie als Au-pair in der britischen Botschaft arbeitete. Danach studierte sie Geschichte für das Lehramt. Ihren Geldbeutel frischte sie mit Jobs als Reiseleiterin in Rußland auf, wo sie auch ihren Mann Svend kennenlernte, der Lehrer in Sonderburg ist. So kam Inge Adriansen nach Nordschleswig, wo sie sich in Höruphaff niederließ.

1969 wurde sie als Assistentin beim Museum angestellt, wo sie einige Jahre später zur Museumspädagogin avancierte. Mit Leib und Seele hat sie sich vor allem der wechsellvollen deutsch-dänischen Geschichte des Grenzlandes verschrieben. Mit Enthusiasmus und enormer Gründlichkeit geht sie ans Erforschen geschichtlicher Begebenheiten, wobei für sie mehr das

Leben hinter den Kulissen interessant ist. In unzähligen Schriften und Publikationen hat sie so über Leben und Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern berichtet.

1990 verteidigte sie an der Universität Kopenhagen ihre Doktorarbeit über „Fædrelandet, Folkeminderne og Modersmålet“, unter starker Berücksichtigung der deutsch-dänischen Verhältnisse im Grenzland.

Inge Adriansen gilt als bescheidene, energische, anpackende Frau, die eine kleine Schwäche hat - sie kann selten Nein sagen.

Seit Jahren prägt Inge Adriansen mit das Profil von Sønderjysk Månedsskrift. Redaktion wie Leserschaft der Grenzfriedenshefte schätzen ihre ebenso engagierten wie kenntnisreichen Beiträge, so auch im vorliegenden Heft. Nationale Berührungsängste kennt sie nicht. Ihre ausgeprägte Ratio verbietet ihr jede nationale Engstirnigkeit, ohne daß sie dänische Interessen und ihr dänisches Herz verleugnen würde. Beiderseits der Grenze findet das Wirken Dr. Adriansens

hohe Anerkennung. Dies zeigte sich nicht allein beim Jubiläumsempfang am 3. Januar 1995, sondern z.B. auch in der Tatsache, daß sie mit Immo Doege 1992 für die vorbildliche Zusammenarbeit als Verfasser des Buches „Dansk eller tysk? Billeder af national selvforståelse i 1920“/„Deutsch oder Dänisch? Bilder zum nationalen Selbstverständnis aus dem Jahre 1920“ (GFH 2/93, S. 135-138) mit dem Kulturpreis von Sønderjyllands Amt ausgezeichnet wurde (GFH 1/93, S 68). 1993 erhielt sie den Literaturpreis von Sprog foreningen.

Jörn-Peter Leppien

Grenzland ein Beispiel für das ganze Europa Ostseerat besuchte Minderheit

FLENSBURG (tg). Der Kommissar für Menschenrechts- und Minderheitenfragen beim Ostseerat, der ehemalige dänische Justizminister Ole Espersen, besuchte gestern das deutsch/dänische Grenzland. Er informierte sich bei den Minderheiten darüber, ob die guten Erfahrungen, die im Grenzgebiet gemacht wurden, übertragbar auf andere Gebiete in Europa sind.

Der Sozialdemokrat Espersen wurde im Oktober vergangenen Jahres vom Ostseerat für seine Beratungs- und Kontrollfunktion eingesetzt. Der Ostseerat ist von den Außenministern der zehn Anrainerstaaten im März 1992 nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems gegründet worden. Hauptaufgabe der jährlichen Beratungen ist die Hilfestellung beim Aufbau der neuen Demokratien in den ehemaligen Ostblockländern.

„Meinungsfreiheit in Verbindung mit mehr Offenheit in Minderheitenfragen muß erreicht werden. Nur dann können Minderheitenkonflikte vermieden oder unterbunden werden“, sagte Espersen. Positives Beispiel sei die Entwicklung in Estland, Lettland und Litauen.

Flensburger Tageblatt, 11.1.1995

Schaupiele zur Geschichte Nordschleswigs

Im ganzen Landesteil Nordschleswig wurde der 75jährige Gedenktag der Volksabstimmung am 10. Februar 1920 gefeiert. Auf Ringenæshus war der Veranstalter z.B. „Historisk Samfund for Sønderjylland“, der als Redner Museumsinspektorin Inge Adriansen vom Museum im Schloß Sonderburg eingeladen hatte. Rinkenis war zugleich eine von sechs Ortschaften, wo die Wiedervereinigungs-Schauspiele der „Sønderjysk Forsøgsscene“ uraufgeführt

wurden. Insgesamt wurden sechs Stücke geschrieben, wovon jedes ein Ereignis der Zeit von 1920 bis heute zum Inhalt hat. Der Verfasser Jacob Clausen, Hadersleben, der außer den genannten ein siebentes Schauspiel geschrieben hat, das für das große Volksfest auf Düppel bestimmt ist, hat die selben zwei Personen – Bertel und Anna – die durchgehenden Figuren aller Schauspiele sein lassen. Bertel und Anna sind Nachbarskinder und beide am Abstimmungstag geboren. Bertel stammt aus heimdeutscher, Anna aus dänischer Familie.

Auf Rinkenæshus wurde das Stück aufgeführt, das am 9. April 1940 spielt. Der Ort der Handlung ist der Gravensteiner Bahnhof. Die Hauptpersonen sind 20 Jahre alt und ein Liebespaar. Bertel leistet seine Wehrpflicht in Søgaard ab, während Anna die Haushaltsschule in Gravenstein besucht. Der 9. April stellt Bertel in den Konflikt, wie er sich als heimdeutscher, dänischer Soldat den deutschen Besatzungstruppen gegenüber verhalten soll.

Die Schauspiele haben folgende Inhalte:

- 1) „Det lyder som et eventyr.“ Man erlebt die verschiedenen Stimmungen am 10. Februar 1920, dem Tag der Abstimmung in der Zone I und dem Geburtstag der Hauptpersonen.
- 2) „Tanken har tusind veje –“ schildert die gespannte Situation im April 1933. Ort der Handlung ist Apenrade.
- 3) „Mennesker ved en Korsvej“ ist das oben angeführte Stück, das in Rinkenise uraufgeführt wurde.
- 4) „Opgørets skarpe lud“ führt den Zuschauer nach Hadersleben und läßt ihn das Ende des Krieges miterleben. Es geht um die Rechtsabrechnung. Anna trennt sich von Bertel und heiratet den Freiheitskämpfer Christian.
- 5) „Mens solen skinner over Gasse Høje“ spielt sich am 2. Oktober 1972 ab. Anna und Christian wohnen im Westen Nordschleswigs. Sie feiern ihr 25stes Ehejubiläum an dem Tag, wo 75 Prozent aller Nordschleswiger für die EG votierten.
- 6) „Hjertebånd“ führt Anna und Bertel für einige Stunden wieder zusammen. Die Enkel, die eine Nachschule besuchen, beschäftigen sich im Unterricht mit den Geschehnissen vor 75 Jahren. Es ist das Jahr 1995. Sie haben die Großmutter bzw. den Großvater gebeten, von ihrem Leben zu berichten. Die respektiven Großeltern sind Anna und Bertel.

Die von Jacob Clausen einführend nachempfundenen Situationen, die den verschiedenen Auffassungen im Grenzland vollauf gerecht werden, wurden von Thorkild Demuth inszeniert. Sämtliche (6) Schauspiele wurden am 26. Februar in Bylderup-Bov und am 5. März in Bovrup aufgeführt. Das Stück, das auf Düppel aufgeführt werden soll, ist eine Neufassung in Kurzform, der ebenfalls die geschilderte Grundthematik zugrunde liegt.

Die Genesis der Schauspiele wurde von einer Historikerguppe begleitet, der auch

der Unterzeichnete angehörte.

Günter Weitling

Wanderausstellung „Von der Abstimmung zur Entspannung“ wurde am Wochenende eröffnet

HADERSLEBEN „Ich hoffe, daß man sich an das Jubiläumsjahr 1995 als ein Jahr erinnert, in dem wir in Nordschleswig dem Gedanken des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson über das Nationalitätsprinzip gerecht wurden – daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein friedensbewahrender Faktor ist.“ Dies sagte der Vorsitzende des Unterrichts- und Kulturausschusses des Amtes Nordschleswig, Dycke Hoff (Soz.) anlässlich der Eröffnung der Wanderausstellung „Von der Abstimmung zur Entspannung“ am Wochenende im Haderslebener Museum.

Unter diesem Aspekt sei die „Wiedervereinigung 1920 mehr als eine dänisch-deutsche Angelegenheit“ gewesen. Es sei daher nur natürlich zu zeigen, welche Entwicklung es seither gegeben hat, darunter auch das Verhältnis der Minderheiten untereinander. Eine gerechte Behandlung ihrer Minderheiten komme auch den Ländern selbst zugute, zitierte Dycke Hoff abschließend eine der Ausstellungstafeln. Der frühere Generalkonsul Prof. Troels Fink erklärte in seiner Ansprache u.a., daß die eigentliche „Streitperiode“ 1955 zu Ende ging, als in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen die Schulfreiheit festgeschrieben wurde. Damit habe „das Drama“ geendet.

Nordschleswiger, 30.01.1995

Stadtpräsident pendelt zwischen deutscher und dänischer Feier

Früherer Ratsherr W. L. Christiansen (SSW) plädiert für gemeinsame Gedenktage

(N) FLENSBURG. Der Flensburger Stadtpräsident Peter Rautenberg (SPD) wird am Dienstag, 14. März, erst auf einer dänischen, dann auf einer deutschen Feier sprechen und dann zur dänischen Feier zurückkehren.

An diesem Tag – dem Tag der Volksabstimmung von 1920 in Zone II (Mittelschleswig) – gedenken die Geschichtsgesellschaft „Historisk Samfund for Sønderjylland“/Amtskreis Südschleswig, der südschleswigsche Museumsverein, der dänische Sprachverein sowie der Verein Norden im „Flensborghus“ der Volksabstimmung vor 75 Jahren, deren Ergebnis Mittelschleswig und damit auch

Flensburg bei Deutschland beließ. Generalkonsul Prof. Lorenz Rerup, Flensburg, spricht über „Die Minderheiten in den nächsten 25 Jahren“, Rautenberg ein deutsches Grußwort.

An demselben Abend markieren Deutsche Kulturgesellschaft Flensburg, Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), Deutscher Grenzverein und Grenzfriedensbund im Deutschen Haus in Flensburg „Die Abstimmung in Flensburg am 14. März 1920“ mit historischen Vorträgen, Berichten von Zeitzeugen sowie einem Lichtbildervortrag über die damaligen dramatischen Vorgänge.

Rautenberg eilt von der dänischen Veranstaltung herbei, spricht ein dänisches Grußwort und begibt sich dann mit einer Delegation der deutschen Veranstalter zurück ins „Flensborghus“ zu den länger feiernden Dänen.

„Das an sich ist schon bemerkenswert. Ich tue es gern, denn ich bin ja der Stadtpräsident aller Flensburger“, sagte Rautenberg, während die Veranstalter der deutschen und der dänischen Abstimmungsfeier andeuteten, daß in 25 Jahren eine gemeinsame deutsch-dänische Feier stattfinden könnte. Die „Zeit für Gemeinsamkeit“ hält der frühere Ratsherr Wilhelm Ludwig Christiansen (SSW) bereits jetzt für gekommen. „Seit 75 Jahren leben wir nun mit einer Grenze, die kein ernstzunehmender Mensch nach Norden oder nach Süden verschieben will. Vielleicht wird sie sogar einmal ganz verschwinden und nur noch als Verwaltungsgrenze Bedeutung haben. Es ist langsam an der Zeit, daß die Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung auf beiden Seiten der Grenze ihre Erinnerungs- und Gedenktage auch gemeinsam gestaltet. Das braucht niemanden davon abzuhalten, sich auch allein an Ereignisse zu erinnern, die für ihn besonders wichtig sind.“

Nordschleswiger, 9.2.1995

Herzog(liche) Visite

dm. Da ein Bundespräsident offiziell nicht arbeitet, obwohl er wahrlich genug beschäftigt ist und oft genug bös' hetzen muß, war es also kein Arbeitsbesuch, sondern nur schlicht ein Besuch bei Nachbarn, den das deutsche Staatsoberhaupt mit Gattin in gestoppten sieben Stunden und 20 Minuten in Dänemark abstattete. „En tysker på fransk visit“, schrieb der Kollege Peter Thygesen gestern in „Politiken“ angesichts der Kürze. Solche Ein-Tages-Besuche, wie sie Roman Herzog bereits in Frankreich, Polen, Ungarn, Belgien, Luxemburg und nicht zuletzt in Israel absolvierte, haben Vor- und Nachteile. Zwar kann man dabei auf so manches oft unzeitgemäß wirkendes Klimbim bei Staatsbesuchen und damit auch auf (kostspielige) Ausgaben verzichten, andererseits geben Staatsbesuche

natürlich Gastgeber und Gast mehr Zeit auch zum persönlichen Kennenlernen. Davon haben die besonders hervorragenden zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Königin und Richard von Weizsäcker profitiert. Wenn Herzog einen anderen Reisestil gewählt hat, dann entspricht dies wohl erstens seinem Wunsch, und zweitens kann er natürlich in diesem Jet-Tempo insgesamt mehr Nachbarn kennenlernen, als das Protokoll sonst im Rahmen einer fünfjährigen Wahlperiode zulassen würde.

Nach Willy Brandt war der vorige Bundespräsident sicherlich der populärste deutsche Politiker im Norden, nicht zuletzt in Dänemark, was auch dem deutsch-dänischen Verhältnis zugute gekommen ist. Ob er es will oder nicht, Herzog wird an seinem Vorgänger gemessen. Das ist zwar nicht fair, denn dazu sind beide doch zu unterschiedlich nach innen wie nach außen, aber Skepsis gegenüber Herzog war auch in Dänemark nach seiner Wahl in Berlin durchaus spürbar. Daß der neue Bundespräsident dennoch vor seiner Ankunft in Kastrup in den dänischen Medien fast überschwengliche Vorschußlorbeeren fand, hängt damit zusammen, daß Herzog mit seiner Rede am 1. August 1994 zum Warschauer Ghetto-Aufstand und mit seinem klugen Schweigen in Auschwitz (so „Der Spiegel“, eine Beurteilung, die er sich vor der Presse in Kopenhagen gern zueigen machte) schon nach kurzer Zeit im Amt eigene Akzente gesetzt hat. Während von Weizsäcker jeden Satz fast wie ein virtuoser Violinist zelebrierte, so daß schon das Zuhören ein Kunstgenuß war, ist dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts eher die juristische Denkweise anzumerken, so daß fast jede Formulierung wie ein (salomonischer) Richterspruch wirkt, aber bei Herzog kommt die Klarheit der Sprache zu seinem Recht – im wahrsten Sinne des Wortes.

Der Präsident wurde seinem im dänischen Fernsehen zum Ausdruck gebrachten Stil des Unverkramptseins gerecht. Gewichtig und locker zugleich spürt man nicht nur zwischen den Zeilen den Humor des aus Niederbayern stammenden Staatsoberhauptes, eine Eigenschaft, die er in der Mischung aus Substanz und aus einer gewissen Form der Fröhlichkeit liebt und die er auch sehr schnell bei seinen dänischen Gesprächspartnern entdeckte. Dieses Unverkrampte kommt bei den Dänen gut an, ebenso wie sie es dem Bundespräsidenten hoch anrechnen, daß einer der ersten Nachbarbesuche gleich nach Kopenhagen ging, wo Herzog übrigens nie zuvor gewesen ist. Die Gespräche mit Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen fanden, so war zu hören, in einer ausgesprochen freundschaftlichen Atmosphäre statt, und daß der Präsident sein Treffen mit Königin Margrethe auf Amalienborg als Höhepunkt bezeichnete, war sicherlich nicht auf das Menü für die insgesamt 27 Gäste (unter ihnen als Geste die in Berleburg lebende Prinzessin Benedikte) im Christian IX.-Palais und auf die Filetstücke des von Prinz Henrik im Grib Skov selbst erlegten Wildes gemünzt, sondern eben auf die entspannte Art

des Miteinanders. Herzog ging es bei seinem Besuch um Vertrauen, und Vertrauen setzt Grundkenntnisse voraus. Dabei hat der Bundespräsident, obwohl er nicht zur Tagespolitik Stellung nehmen kann, die Dänen auch politisch beeindruckt. Er äußerte keine überfliegenden Europa-Pläne, sondern unterstrich die wachsende Bedeutung der kleinen Mitgliedsländer, die nicht – wörtlich – „untergebuttert“ werden dürfen, und bekannte sich zum hier im Lande so geschätzten Pragmatismus, als er auf die Schlüsselfrage der EU nach Staatenbund, Bundesstaat oder Staatenverbund den Vergleich mit dem Wein heranzog, wo es schließlich darauf ankommt, was in der Flasche ist und nicht so sehr aufs Etikett.

Nordschleswiger, 2.2.1995

Positive Grenzland-Werte

dm. So wie man in den Wald hineinruft, schallt es heraus, heißt es im Volksmund, und so könnte man auch auf den ersten Blick denken, wenn man die Fragen liest, die den Nordschleswigern durch das angesehene Meinungsforschungsinstitut „GfK Observa“ im gemeinsamen Auftrage von „Sønderjyllands Amtskommune“ und der Tageszeitung NORDSCHLESWIGER telefonisch vorgelegt worden sind. Und doch, die Antworten sind nicht nur interessant, sondern sie sind – wie der vom Fernsehen her bekannte Meinungsforscher Marcus Schmidt betont – trotz der wegen der Stichprobenauswahl stets mit gewissen Plus-minus-Unsicherheiten verbundenen Frageform vor allem auch wissenschaftlich durchaus repräsentativ, obwohl 57 Prozent Frauen nicht dem korrekten Durchschnitt der nordschleswigschen Bevölkerung entsprechen, aber das ändert nichts an den Resultaten, sagt der aus Apenrade stammende Experte.

Die Antworten sind teilweise überraschend klar und auch bemerkenswert. Die Grenze liegt fest, sie ist kein Streitthema mehr für die nordschleswigsche Bevölkerung, wie es 1920 und auch noch Jahrzehnte danach der Fall war. Darüber kann Amtsbürgermeister Philippsen ebenso froh sein wie über die Zahlen, die bei den Fragen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermittelt wurden. Sie wird von der nordschleswigschen Bevölkerung mit großer, sehr großer Mehrheit als positiv eingeschätzt, und knapp jeder zweite – bei den Männern sogar noch mehr – ist für eine noch engere Kooperation zwischen der Amtskommune Nordschleswig und dem Land Schleswig-Holstein. In dieser Deutlichkeit war das Ergebnis nicht zu erwarten. Ähnliches gilt für die 71 Prozent der Nordschleswiger, die angesichts der gemeinsamen EU- und NATO-Mitgliedschaft Vertrauen zum inzwischen ja wiedervereinigten Deutschland haben. Hier gilt es, die Werte der einzelnen Altersgruppen noch einmal genauer zu überprüfen und miteinander zu

vergleichen, wobei unmittelbar auffällt, daß die Frauen im Verhältnis zu den Männern Deutschland eben so skeptisch gegenüberstehen wie bei den Fragen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Philipsen hat gewiß recht, wenn er die hohen positiven Werte für Deutschland mit der unmittelbaren Nachbarschaft und dem besonderen Wissen um Deutschland im Grenzgebiet erklärt. Was die weniger positiven Werte der nordschleswigschen Frauen anbetrifft, so ist daran zu erinnern, daß sich hier vermutlich jener Effekt bemerkbar macht, der schon bei den früheren EG-Volksabstimmungen landesweit spürbar war, daß nämlich Frauen generell solchen politischen Fragen mit größeren (angeblich oft emotionalen) Vorbehalten begegnen als Männer, die nach Ansicht der Meinungsforscher stets mehr wirtschaftspolitisch orientiert sind.

Die Antworten auf die beiden direkt auf die Minderheit gerichteten Fragen werfen ein helles und positives Licht auf das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit in Nordschleswig. Die oft hinter den Kulissen zu hörende These, die Minderheit(en) seien ein Hindernis für die Möglichkeiten verstärkter deutsch-dänischer Zusammenarbeit, wird mit 87 Prozent – bei den zwischen 55- und 66jährigen sogar mit 95 Prozent – völlig ad absurdum geführt. Wenn man sich die jetzige Größe der Minderheit nach 75 Jahren vor Augen führt und auch an die Belastungen vergangener Zeiten denkt, so ist die Tatsache, daß praktisch jeder zweite die Minderheiten als Bereicherung ansieht, wie es einst Königin Margrethe in Tingleff formulierte, schon ein sehr erfreuliches Fazit im Jahre 1995, wobei die im Verhältnis zu den Älteren zu beobachtenden „Defizite“ bei jüngeren Altersgruppen gewiß Stoff zum Nachdenken geben. Zwar keine ganz neue Erkenntnis, denn – wie z. B. bei den Parteien – auch die deutsche Minderheit hat ihre Probleme in den jüngeren Reihen, was sich in der Praxis mit zunehmendem Alter doch etwas zu ändern scheint.

Insgesamt eine Meinungsumfrage, die genügend Gesprächsstoff bietet. Die Antworten sind jedenfalls viel interessanter ausgefallen als es die Fragestellung vermuten ließ. Wo man früher oft genug bei diesen Themen unwissend im Nebel herumstocherte, läßt sich nun eine klarere, vor allem eine freundlichere Sicht in Nordschleswig und grenzüberschreitend vermelden! Da Meinungsumfragen ja nur Momentaufnahmen sind, gilt es, die positiven Grenzland-Werte zu sichern und durch Partnerschaft in gegenseitigem Respekt auszubauen, wo es sinnvoll und möglich ist!

Nordschleswiger, 4.2.1995

Minderheitenzentrum: nur ein Standort im Grenzland

Deutsch-dänischer Vorbereitungsausschuß erzielte auch Einigung über

Finanzierungsschlüssel

(N) KOPENHAGEN. Der deutsch-dänische Vorbereitungsausschuß zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (EZM) im deutsch-dänischen Grenzland hat sich auf einer fast ganztägigen Sitzung gestern im Staatsministerium gegen eine grenzüberschreitende Platzierung der Institution an jeweils einem Ort südlich und nördlich der Grenze ausgesprochen.

Als wichtigstes Ergebnis wurde nach eingehenden Beratungen über das Hauptgutachten von Henrik Becker-Christensen, Apenrade, Einigung darüber erzielt, nur einen Standort zu wählen.

Dafür kommen aber nur Orte in Betracht, hieß es nach der Sitzung, die bestimmte infrastrukturelle Auflagen erfüllen können. Für den Ausschuß ist dabei wichtig, daß das Minderheitenzentrum in ein grenzüberschreitendes Netzwerk eingebunden wird. Einig wurde man sich im Staatsministerium auch über den Verteilungsschlüssel bei der Finanzierung. Es soll ein 50prozentiger Zuschuß von der Europäischen Union erreicht werden, während die andere Hälfte zu gleichen Teilen vom Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland/Bundesland Schleswig-Holstein aufgebracht werden soll.

Auf der gestrigen Sitzung konnte der Vorbereitungsausschuß nicht alle Fragen endgültig klären, so daß es vermutlich Ende März wahrscheinlich in Schleswig zu einer abschließenden Verhandlungsrunde kommt.

Der Vorbereitungsausschuß trifft keine Entscheidungen, sondern erarbeitet nur Empfehlungen an die jeweiligen Regierungen, die dann gemeinsam mit den Parlamenten ihrer Länder die politisch notwendigen Beschlüsse zu fassen haben, also sowohl über den endgültigen Standort als auch über die Finanzierung.

Noch in diesem Jahr soll dann ein gemeinsamer Antrag des Königreiches Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland an die EU eingereicht werden.

An den gestrigen Beratungen nahmen unter der Gesprächsleitung von Konsulent Per Fischer aus dem Staatsministerium unter anderem teil: der Minderheitenbeauftragte der schleswig-holsteinischen Landesregierung, Kurt Schulz, Ministerialrat Jürgen Haberland und Referatsleiter Rolf Gossmann aus dem Bundesinnenministerium in Bonn, Generalkonsul Lorenz Rerup, Botschafter Erling Quaade vom Außenministerium, Reichsarchivar Johan Peter Noack, Vertreter des dänischen Forschungsministeriums, Botschaftsrat Ove Schlichting von der deutschen Botschaft Kopenhagen, SSW-Vorsitzender Wilhelm Klüver und der Leiter des deutschen Sekretariats in Kopenhagen, S. Matlok, der über die erzielten Ergebnisse und die Gesprächsführung „sehr zufrieden“ war.

Nordschleswiger, 14.2.1995

Zunehmend ähnliche Entwicklung läßt das Mißtrauen schwinden

Prof. Lorenz Rerup: Einfluß gesellschaftlicher und sozialer Veränderungen auch auf die Minderheiten

-uk- FLENSBURG. Eine zunehmend ähnliche gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Dänemark und Deutschland läßt das frühere Mißtrauen schwinden. Vom Einfluß gesellschaftlicher und sozialer Veränderungen werden zugleich die Minderheiten in der deutschdänischen Grenzregion erfaßt, verdeutlichte Generalkonsul Prof. Lorenz Rerup, Flensburg, als er am Donnerstagabend in Flensburg auf einer Veranstaltung der Volkshochschule Flensburg, der Europa-Union Flensburg und des Südschleswigschen Vereins (SSV) zum Thema „Vom Grenzkampf zur friedlichen Nachbarschaft – Was waren die Voraussetzungen und Bedingendes Entspannungsprozesses im deutschdänischen Grenzgebiet?“ sprach.

„Erst seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 wurden die Beziehungen besser“, stellte Rerup fest. Inzwischen hätten sich zwischen beiden Staaten „auch freundschaftliche Beziehungen“ entwickelt. Dies gelte zugleich für die deutschdänische Grenzregion. Der Beitritt Dänemarks in die EG 1973 habe „gute Nachbarschaft gefördert“. „Auch der Massentourismus sowie lokale Kreise beiderseits der Grenze fördern eine gute Nachbarschaft.“

Deutschland sei nach dem Zweiten Weltkrieg „den Dänen erst geheuer geworden, als sich die Gesellschaft der Bundesrepublik als demokratisch erwies“, unterstrich Rerup. Im Gegensatz dazu habe sich die Entwicklung zuvor zu unterschiedlich vollzogen, was sich auf das deutsch-dänische Verhältnis negativ auswirkte: deutsch-dänischer Krieg 1864, starke bäuerlich-demokratische Bewegung in Dänemark mit Hineinwachsen der Sozialdemokratie, in Deutschland Ablehnung der Sozialdemokraten als Reichsfeinde; starke Agrarausfuhr Dänemarks vor dem ersten Weltkrieg, protektionistische Zollgesetze Deutschlands zugunsten seiner Landwirtschaft; militärisches Erstarken Deutschlands und Sicherung freier Ostseezugänge sowie der Neutralität Dänemarks im Kriegsfall, für das ab 1906 an eine englische Flottenunterstützung nicht mehr zu denken war, auch mit Hilfe der Köller-Politik in Nordschleswig und Druck auf die hier lebenden Dänen bis hin zur Lösung der Optantenfrage. Die liberale preußische Schulgesetzgebung 1926-28 während der Weimarer Republik habe „das Leben für die dänische Minderheit erträglicher gemacht“, sagte Rerup, aber zu keinem Brückenschlag geführt. Das Hitler-Reich, der aufgenötigte Nichtangriffspakt 1939 und die deutsche Besetzung Dänemarks 1940 bis 1945 „vertieften die Gegensätze sehr; die dänischen

Nationalsozialisten spielten nur eine Nebenrolle“. Auch die dänische Grenzzoffensive mit deutschen und britischen Gegenmaßnahmen und die Rechtsabrechnung nach 1945 „schlugen nicht nur Wunden ins lokale Verhältnis, sondern machten einen Dialog fast unmöglich“. Die Kieler Erklärung von 1949 sei schließlich „ein erster Versuch gewesen, die gereizte Stimmung in Südschleswig zu verbessern“.

Weniger das ungleiche Größenverhältnis zwischen Deutschland und Dänemark, „sondern starke wirtschaftliche und kulturelle Kräfte können den Nachbarn beeinflussen“, betonte Rerup und empfahl, „auch immer wieder auf die kleinen Nachbarländer zu achten: Wir wollen gute Nachbarn sein, nicht nur geschäftlich, sondern auch kulturell.“

„Niemand verfolgt oder unterdrückt heute die Minderheiten; sie gelten vielmehr als Reichtümer“, unterstrich Rerup. „Sie müssen aber fortwährend gegen den Strom schwimmen, um nicht assimiliert zu werden.“ Auch die Minderheiten seien im Wandel begriffen. Die deutschen Nordschleswiger hätten bis vor wenigen Jahren ihren Schwerpunkt unter den heimdeutschen Bauern auf dem Lande gehabt. Eine starke Abwanderung habe zu einer Neuorientierung im Stadtmilieu geführt. Ähnliches sei bei der dänischen Minderheit in Flensburg festzustellen. Ihre Angehörigen hätten im Zuge der Stadtsanierung die Innenstadt verlassen und sich am Stadtrand angesiedelt. Ob man dabei an seiner nationalen Gesinnung festhalte oder sich einer anderen Umwelt anschlieÙe, müsse offen bleiben.

Nordschleswiger, 18.2.1995

Protest gegen Lasershow

Streit um spektakuläres Projekt zum Kriegsende

KOPENHAGEN (ume). 15 Millionen Kronen (rund dreieinhalb Millionen Mark) lassen sich das Kopenhagener Kulturministerium und Kommunen an der dänischen Nordseeküste den 50. Jahrestag der Befreiung Dänemarks von deutscher Besetzung kosten. Ein 530 Kilometer langer Laserstrahl soll in der Nacht vom 4. auf den 5. Mai von Skagen bis zur Insel Sylt zwei Stunden lang strahlen.

Empört über die Pläne sind die ehemaligen Widerstandskämpfer und Überlebenden der Konzentrationslager. An ihre Spitze hat sich jetzt der ehemalige dänische Verkehrsminister, der konservative Folketingsabgeordnete Kaj Ikast, gestellt. Gegenüber unserer Zeitung sagte er gestern, daß der Abend des 4. Mai seit Kriegsende ein stiller Gedenktag in Dänemark sei. In Tausenden von Fenstern in Jütland, so Ikast, würden in dieser Nacht brennende Kerzen leuchten, um an

die Gefallenen und die Opfer des Krieges zu erinnern. „Dies ist kein Tag für eine Show, sondern ein Tag für ein stilles Gedenken.“

Ikast ist überzeugt, daß es ihm und vielen ehemaligen Widerstandskämpfern, die sogar schon mit Sprengstoffsabotage gegen das Projekt gedroht haben, nicht mehr gelingen wird, die Lichtshow zu unterbinden. Aber, und darauf baut Ikast, „vielleicht erreichen wir zumindest eine Verkürzung der Lasershow.“ Er kritisiert besonders, daß Kulturministerin Jytte Hilden schon seit langem über den Protest der Widerstandskämpfer unterrichtet war, aber sich dennoch – ohne darauf näher einzugehen – voll hinter die Pläne der Künstlerin Elle Mie Ejdrup-Hansen stellte. Weitere Argumente von Ikast gegen die Lasershow sind die Parallelen zu den Lichtspielen, die Hitlers Lieblingsarchitekt Albert Speer in Nürnberg inszenierte. Zusätzlich würden die Laserstrahlen auch an die Flakscheinwerfer erinnern, die während des ganzen Krieges auf den Bunkeranlagen der deutschen Wehrmacht an der dänischen Nordseeküste den Himmel nach einfliegenden Bomberverbänden aus Großbritannien absuchten.

Das größte Laserprojekt der Welt wird technisch von Peter Johansen geleitet, der an 32 geheimegehaltenen Standorten an der Küste Laserkanonen installiert, die nach der Show in der Nacht zum 5. Mai dann in verschiedenen Diskotheken des Landes installiert werden sollen. Während die Befürworter des Laserprojektes dessen Gegner zum Teil auch antideutsche-Gefühle unterstellen, weist Kaj Ikast dies weit von sich. „Wir haben nie etwas gegen die Deutschen gehabt, sondern nur gegen die Nazis.“

Flensburger Tageblatt, 22.2.1995

Mehrheit im Dänen-Parlament gegen Laser-Show

KOPENHAGEN (dpa.) Eine Mehrheit in Dänemarks Parlament ist gegen den zum 50. Jahrestag der Befreiung von deutscher Besatzung am 4. Mai geplanten Laserstrahl längs der Nordeeküste. Daher forderte Oppositionssprecher Kaj Ikast die sozialdemokratisch geführte Minderheitsregierung auf, die geplante Lasershow abzusagen. Er wies darauf hin, die Opposition wolle keine formelle Abstimmung, erwarte aber, daß die „klare Mehrheit“ nicht ignoriert werde.

Flensburger Tageblatt, 24.2.1995

NEUE SONDERPUBLIKATIONEN DES GRENZFRIEDENSBUNDES

Der Grenzfriedensbund hat zwei weitere Sonderpublikationen mit Beiträgen aus den Grenzfriedensheften herausgebracht. Im November 1994 erschien anlässlich des 50jährigen Gedenkens an das Konzentrationslager Ladelund 1944 eine Sonderausgabe des Beitrages von Oliver Schultz aus den Grenzfriedensheften 3/1993 in deutscher und polnischer Sprache: „Wenn Zahlen zu Gesichtern werden. Spurensuche nach Angehörigen von Ladelunder KZ-Opfern in Polen.“ Die Herausgabe wurde durch die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein finanziell unterstützt.

Im Dezember 1994 legte der Grenzfriedensbund – zusammen mit dem Nordfriisk Instituut – den in den Grenzfriedensheften 3/1994 erschienenen Aufsatz von Johannes Jensen über das „Volksfest der Nordfriesen“ 1844 als Broschüre vor. Beide Schriften sind auf große Resonanz gestoßen und insofern geeignet, die Grenzfriedenshefte über unsere Stammleserschaft hinaus bekannt zu machen. Die Herausgabe der Broschüren hat Dr. Jörn-Peter Leppien besorgt.